

# Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.  
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr  
Einzelnnummer 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:  
**Bruno Voerich,**  
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Interate, die 3 halbjährige Beitrags-  
Zeile 30 Pf.  
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.  
Bei Wiederholungen Ermäßigung.

Nr. 23.

Berlin, den 17. November 1901.

5. Jahrg.

## Zur Frage der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung der städtischen Arbeiter.\*)

In München in kürzlich von Seiten der städtischen Behörden eine Versorgungs- und Hinterbliebenenkasse für die niederen Bediensteten und Lohnarbeiter geschaffen worden. Herr Dr. Fritz Specht behandelt in Nummer 31 Jahrg. X der „Soz. Praxis“ diese Kasse. Er stellt sie in seinen Ausführungen als das Beste dar, was man bisher von Seiten kommunaler Behörden bezüglich der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung städtischer Arbeiter ins Leben rief. — Die im Verbands der Gemeindearbeiter organisierten Personen können sich nun dieser Ansicht nicht anschließen und müssen eine derartige Regelung der Pensionsfrage, wie sie München betreibt hat, bekämpfen. — Es mag auf den ersten Blick etwas für sich haben, daß der Rechtsanspruch, der den städtischen Arbeitern in München auf Hinterbliebenen-Versorgung z. gewährt worden ist, als sozialpolitischer Fortschritt angesehen wird. Dieser Fortschritt mußte jedoch von den Arbeitern mit materiellen Opfern erkauft werden, die ihr niedriges Budget erheblich belasten und nur durch Entbehrungen auf anderen Gebieten erschwungen werden können.

Während in den meisten Städten Deutschlands, die bisher eine Pensionsberechtigung für ihre Arbeiter schufen, die Gemeinden selber die Kosten der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung tragen, müssen in München die interessierten Arbeiter in allererster Linie durch Zahlung regelmäßiger Beiträge die notwendigen Summen aufbringen. Nach § 11 der Münchener Satzungen kommt die Stadtgemeinde nur für den Ausfall auf, wenn die Jahresbeiträge und die Zinsen des Kapitalvermögens nicht zur Bezahlung der Renten ausreichen. Daß man bei einer derartigen Sachlage den Mitgliedern der Kasse auch ein klagbares Recht auf Rente gewährt, kann wohl als ein besonderes Zugeständnis nicht betrachtet werden, sondern ist nur recht und billig. — Wie hoch sind nun die Beiträge, welche die Arbeiter zu entrichten haben? Sie bewegen sich zwischen 3—4 % des Arbeitsverdienstes. Ein Arbeiter also, der einen wöchentlichen Lohn von 25 Mk. bezieht, hat, je nach seinem Eintritt in städtischen Diensten, 75 Pf. bis 1 Mk. pro Woche an Beiträgen zu zahlen. Davon gehen allerdings die 18 Pf. Invalidenbeiträge ab, die er entrichten mußte, welche aber nach den Satzungen der Kasse, von der Gemeinde München getragen werden. Bei einem Einkommen von 25 Mk. fallen aber wöchentliche Beiträge von 57 bis 81 Pf. ganz bedeutend ins Gewicht. Das haben auch die Gemeindeverwaltungen anderer Städte anerkannt. So wird z. B. in einer begütlichen Vorlage des Ulmer Stadtraths ausgeführt, daß Beiträge als eine Last für die Arbeiter zu betrachten seien. Die Entrichtung von ganz mäßigen Beiträgen müsse den Arbeitern schwer fallen und bedeute einen merklichen Ausfall an ihrem Einkommen. Daher werden die städtischen Arbeiter Münchens auch nur mit großem Widerstreben diese Beiträge leisten. Dieselben machen es ihnen bei ihrem niedrigen Einkommen fast zur Unmöglichkeit, noch Beiträge für eine gewerkschaftliche oder politische Organisation, für eine Konsum- oder Baugenossenschaft zu zahlen. Sie haben ihr klag-

bares Recht auf Rente mit einer Degradation auf anderen Gebieten erkauft die für die Arbeiterklasse und der menschlichen Kultur von großer Bedeutung sind. — Die Stadt München fährt also in finanzieller Beziehung mit ihrer Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung der städtischen Arbeiter sehr gut. Sie bringt hierfür nur ganz minimale Opfer, während Städte wie Berlin, Mannheim, Breslau z. die gesamten Kosten der Pensionsberechtigung und Hinterbliebenen-Versorgung tragen, und das sind, wie schon aus der Beitragsleistung der Münchener städtischen Arbeiter hervorgeht, ganz bedeutende Summen.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die Löhne der städtischen Arbeiter in München erheblich niedriger sind, als z. B. in Berlin, trotzdem der Lebensunterhalt in München keineswegs billiger ist als in der Reichshauptstadt. Nun beizogen allerdings die städtischen Arbeiter in Berlin, Breslau, Frankfurt z. kein klagbares Recht auf Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung. Dieser Bestimmung ist aber wohl nicht die Bedeutung beizulegen, die ihr hier und da beigemessen wird. Wenn man sagt, daß in Berlin z. den städtischen Arbeitern nur Wohltaten, aber keine Rechte gewährt worden sind, so ist das wohl nicht ganz zutreffend. Bisher gewährten schon die meisten Städte ihren alten, arbeitsunfähigen Arbeitern Unterstützungen. Die Höhe derselben u. s. w. war jedoch vollkommen in das Belieben der städtischen Behörden gestellt worden. Jene welche bestimmte Normen über die Unterstützungshöhe, Bezugsberechtigung z. waren nicht vorhanden. Diese Unterstützungen trugen unweifelhaft den Charakter der Wohlthätigkeit. Bei den gegenwärtigen Pensionsreglementen in den wiederholt genannten Städten ist das jedoch nicht mehr der Fall. Sie wurden bei ihrer Einführung ausdrücklich damit von den Städteverwaltungen begründet — Breslau, Freiburg i. B., Darmstadt u. s. w. —, daß die städtischen Arbeiter durch langjährige Tätigkeit im Dienste der Stadt, sich gewisse Rechte auf Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung erworben hätten; und man das Entwürdigende der bisherigen Unterstützungsweise beizugehen wolle. — Die städtischen Arbeiter von Berlin und ihre Angehörigen z. B. brauchen heute nicht mehr um eine Unterstützung zu bitten, wie dies bisher der Fall war, sondern sie haben auf Grund der Beschlüsse des Stadtverordneten-Kollegiums und des Magistrats ein Recht, die Alters- und Hinterbliebenen-Unterstützung zu fordern, wenn auch allerdings kein klagbares Recht. Dieses scheint uns aber bei der heutigen Sachlage mehr Formfrage zu sein, namentlich wenn man die Pensionsberechtigung so regelt, wie es in Berlin geschehen ist. Der § 11 des Reglements beizagt hier, daß der Magistrat dem Stadtverordneten-Kollegium Mitteilung machen muß, wenn er daß Rückgeld oder die Hinterbliebenen-Versorgung in irgend einem Falle verweigern will. Durch diese Bestimmung ist eine Garantie dafür vorhanden, daß die Arbeiter auch tatsächlich in den Besitz ihrer Rente gelangen werden. Es ist hierdurch nicht mehr von dem Belieben der einzelnen Verwaltungsorgane abhängig, ob die Arbeiter in den Besitz einer Rente gelangen oder nicht. Wenn man den Arbeitern noch nicht das klagbare Recht auf Rente z. zu gestanden hat, so geschieht das wohl namentlich aus folgenden Gründen. Man erkennt zwar immer mehr und mehr von den deutschen Städteverwaltungen in der Theorie es an, daß man die Verpflichtung hat, die Frage der Alters- und Hinterbliebenen-

Versorgung der städtischen Arbeiter in derselben Weise zu regeln, wie für die Beamten. Praktisch will man aber dieses offiziell noch nicht zugeben. Würde man das thun, so hätte man mit einem Schlage die Arbeiter zu Beamten gemacht, dagegen aber würde das Privat-Unternehmertum rebellieren. Man geht Schrittweise vor und gelangt allerdings auf Umwegen zu demselben Ziel. Daher betrachten auch die organisierten städtischen Arbeiter den heutigen Zustand nur als ein Ubergangsstadium.

Sie glauben daß die Zeit nicht allzu fern ist, wo man auch den städtischen Arbeitern das klagbare Recht auf Pension z. gewährt wird. So hat sich z. B. schon der Bürgermeister von Freiburg im Breisgau in diesem Sinne ausgesprochen. Auch legen die organisierten Gemeindearbeiter den Bestimmungen der Pensionsreglemente in Berlin, Breslau z., die beizagen, daß die begütlichen Beschlüsse jederzeit geändert und aufgehoben werden können, keine große Bedeutung bei. Die Gemeinden, welche erst einmal die Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung eingeführt haben, werden sie gewiß nicht wieder reitigen. Dafür sorgt schon der Gang unserer kommunalen Sozialpolitik.

Wenn nun ferner in Bayern alle Staats- und Gemeindebeamten auch regelmäßige Beiträge für ihre spätere Pensionsberechtigung zahlen müssen, so darf dabei doch nicht vergessen werden, daß diese auf Grund ihres Einkommens auch dazu viel eher in der Lage sind, als die Arbeiter.

Andererseits sind auch in dem Reglement der Münchener Versorgungs-kasse Bestimmungen vorhanden, die wir als hart und ungerecht bezeichnen müssen. So heißt es z. B. im § 9, daß städtische Arbeiter, die disziplinarisch entlassen werden, nichts von den Einzahlungen zurückerhalten. Wer aber die militärische Disziplin kennt, die in den meisten städtischen Betrieben herrscht und welche geringfügigen Verstoßen man als Vergehen gegen die Subordination betrachtet, die mit Entlassung zu bestrafen sind, der wird annehmen müssen, daß auf Grund der erwähnten Bestimmung, in München viele Arbeiter um ihre Beiträge kommen werden, die sie unter Opfern entrichtet haben. Zwar heißt es in dem kritisierten Paragraphen, daß Teile der Einzahlungen auf Antrag des Magistrats und mit Zustimmung der Gemeindebevollmächtigten zurückerstattet werden können. Wir fürchten aber, daß diese Bestimmung in der Praxis wenig Beachtung finden wird.

Ebenso ist die Bestimmung als hart zu bezeichnen, daß Arbeiter, die freiwillig aus städtischen Diensten scheidet, nur die Hälfte der entrichteten Beiträge ohne Zinsen zurückerstattet erhalten sollen.

Aus allen diesen Gründen können die organisierten Gemeindearbeiter keineswegs die Münchener Versorgungs-kasse als besonders musterhaft betrachten; sie erblicken vielmehr in den Beschlüssen der Berliner Gemeindeverwaltung — siehe Nr. 41 der „Sozialen Praxis“ — eine der besten Regelungen, welche die Frage der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung der städtischen Arbeiter bisher in Deutschland gefunden hat.

Berlin.

Dr. Voerich.

Anmerkung der Redaktion:

Dr. Fritz Specht schreibt uns zu diesen Auslassungen: Zwischen Herrn Bruno Voerich und mir waltet nur ein Mißverständnis ob, das aus der verschiedenen Beurteilung der Grundzüge und deren Tragweite entspringt, aus denen der Münchener und der Berliner Entwurf hervorgegangen ist. Mir

\*) Der „Sozialen Praxis“ entnommen.

ist die rechtliche Gleichstellung der Arbeiter mit den Beamten auch im Entgelt, in der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung das zu erzielende Ziel gewesen, weil daraus alle übrigen Vorteile und Verbesserungen, die jene erlangen, für diese voll selbst folgen, und weil dadurch auch die soziale Scheidewand beseitigt wird, die heute noch recht vielfach dem Arbeiter das Aufsteigen in den höheren Dienst erschwert. Daß ein solches Aufsteigen auch in Berlin möglich und mehrfach vorgekommen ist, ist mir wohl bekannt. Aber mit solcher Klarheit und bewußten Deutlichkeit, wie die Begründung des Münchener Entwurfes jene Scheidewand niederreißt, ist es bisher sonst nicht gechehen. Auch das Statut selbst nimmt noch Bezug auf den Uebertritt des Arbeiters in den höheren Gemeinbedienst. Theilt man meine Auffassung, muß man auch dazu kommen, es richtig zu finden, wenn dem Arbeiter seine Vorrechte vor dem Beamten gegeben werden, sondern er dieselben Pflichten übernimmt, d. h. für den Münchener Fall: er muß ebenso wie die bayerischen Beamten Beiträge für die Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung zahlen — über kurz oder lang wird man diese, wie in Preußen, beseitigen müssen; — das würde aber für den Berliner Fall und für die meisten preußischen Städte durchaus nicht die Erhebung von Beiträgen für diese Zwecke bedeuten haben. Wir ist wohl bewußt, daß die Beiträge von den Arbeitern und niederen Beamten — die übrigens auch in München theilweise ein geringeres Einkommen als einige Arbeiterkategorien haben — als Belastung ihres Budgets empfunden werden, und ich wünsche den bayerischen Arbeitern und Beamten ihre baldigste Aufhebung. Ich habe auch keineswegs die Härten des Münchener Statuts verkannt, sie hängen aber mit der bayerischen Landesgesetzgebung zusammen. Im Uebrigen habe ich ausdrücklich anerkannt, daß Berlin mit dem §. 8 seines Statuts (vergl. Sp. 1038 und 1040 „einen wesentlichen sozialpolitischen Fortschritt über die guten Vorlagen gleicher Art in anderen Städten“ gethan hat. Wenn aber die beteiligten Arbeiter selber, deren Sprecher und Vertrauensmann Herr Bruno Forstich ist, die Verletzung des Rechtsanspruches „bei der heutigen Sachlage, namentlich in Berlin, mehr als Formfrage“ betrachten, so habe ich als unbetheiligter Dritter dagegen nichts einzuwenden.

### Der verlorene gegangene Glasarbeiterstreik

hat namentlich in der Gewerkschafts-Presse zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt — Während die Glasarbeiter noch streikten, erschien in der „Polisarbeiter-Zeitung“ ein Artikel, der sich gegen den Streik wandte und die Niederlage der ausländischen Glasarbeiter prognostizierte. Wegen dieses Artikels ist der Redakteur der „Polisarbeiter-Zeitung“ Köhler hauptsächlich von der schärfsten Organisation, aber auch aus anderer Kreise heftig angegriffen worden. — Man hat ihm Verzicht an der Arbeiterfrage vorgeworfen, daß er Schuld an der Niederlage der Ausländischen nicht anzuschließen, sondern in sein Köhler vollständig Recht geben. — Der Generalsekretär der Glasarbeiter war ohne Zweifel einer der allergrößten Dummköpfe, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung gemacht worden sind. Die Hälfte der interessierten Glasarbeiter beteiligten sich überhaupt nur an der Wahlentscheidung betreffs des Generalsekretärs. Von dieser Hälfte erklärten sich nur dreiviertel für die Arbeiterentscheidung. In der Verbandskasse ist kein Pfennig Geld und trotz dieser Umstände proklamiert die Verbandslitung den Generalsekretär. — Eine solche ungeheure Unbilligkeit in Streikfragen hat wohl in den letzten Jahren keine einzige Organisationsleitung an den Tag gelegt. — Als dann später während des Streiks sich einige Fabrikanten zu Verhandlungen bereit erklärten, stellt die Verbandslitung an diese die unfinnige Forderung, auch die Bemerkungen der Firma Höpfe in ihre Betriebe einzuschleusen, woran die Verhandlungen scheitern mußten, da doch kein Fabrikant willfährig seine Produktion vergrößern kann. — Die Leitung des Glasarbeiter-Verbandes erhebt jetzt gegen die deutschen Arbeiter selbst den Vorwurf, daß diese sie nur ungenügend unterstützt habe. „Nur noch wenige Tage und wir hätten liegen müssen“, so schreibt sie. — Das wir uns gegenwärtig in einer gewaltigen Krise befinden, die für große Massen enorme Arbeitslosigkeit und verringerten Verdienst bedeutet, dies scheint der Verbandslitung bisher unbekannt geblieben zu sein. — Die Behauptung, daß der Streik erfolgen mußte, wenn man den Streik noch wenige Tage weiter aufrecht erhalten hätte können, ist eine ganz jämmerliche Unbill, die der Verbandslitung ein trauriges Zeugnis ausstellt. — Schon in der zweiten und dritten Woche schrieb die Verbandslitung dieselbe Unbill und das prophetezte Klagen der Fabrikanten trat nicht ein! — Der Kommerzrath und Reichstagsabgeordnete Köhler

verfügte auf Veranlassung der Berliner Gewerkschaftskommission eine Beilegung des Ausstandes herbeizuführen, aber die Glasbarone, seine eigenen Klassen-genossen, würdigten ihn nicht einmal einer Antwort. — Hieraus geht schon zur Genüge hervor, daß sich die Glasfabrikanten ihres Sieges bewußt waren und noch Monate lang anhalten konnten. — Man hat dann weiter gesagt, daß es von Köhler eine große Taktlosigkeit war, schon während des Kampfes mit seinen Ansichten heranzutreten. Auch das trifft nicht zu. Die Verbandslitung der Glasarbeiter war vor Beginn des Kampfes von kompetenten Stellen vor dem Generalsekretär gewarnt worden; sie achtete aber hierauf nicht. — Welche Verzeihe wir nun aber aus diesem Vorfall kommen? In der deutschen Arbeiterbewegung wird leider noch zu sehr die Bedeutung der Person unterschätzt. Man vertraut einem Uebelthäter mit der Leitung einer großen Sache, weil man den tödlichen Glauben besitzt, alle Menschen wären gleich begabt und es daher auch auf die Person gar nicht so sehr ankomme. — Diese Ansicht wird heute selbst noch von Agitatoren vielfach propagiert und stützt sich in der Praxis grausam. Die Menschen sind sehr verschieden begabt und daher dürfen auch nur ganz tüchtige Köpfe mit der Leitung von Organisationen vertraut werden. — Durch tüchtige Personen, welche ihren Vorgesetzten im einige hundert Pfund wüthiger bedenklichen als befähigte sind in der deutschen Arbeiterbewegung; — wo Millionen von Pfund wüthiger verbrüht werden. Andererseits wird aber auch die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung durch diese Unbilligkeiten in ihrem Ansehen beeinträchtigt. — Der nächste Gewerkschaftskongress muß unbedingt Bestimmungen treffen, die solche Dummköpfe unwürdiger Verbandsleitungen zur Unmöglichkeit machen. — Köhler bedauert es in seiner Zeitung, daß einige Gewerkschaftsblätter zu der tragischen Sache keine Stellung nehmen. — Wir unterliegen daher bisher, weil wir mit anderen Arbeitern sehr beschäftigt waren und unserer St. nupunkt bezüglich der Streiks gewiß nicht kann ist.

### An unsere Kollegen in Hamburg!

Vor einiger Zeit und mehrere auf den Gaswerken beschäftigte Mitglieder aus unserem Verband ausgehieben und dem Fabrikarbeiterverbande beigetreten. Die Erstfindungen nach Grund und Ursache ergaben, daß keine eine Hamburger Filiale des Fabrikarbeiterverbandes eine Agitation unter den Gasarbeitern eingeleitet und dabei auch Mittel zur Anwendung gelangten, die wir, da wir doch sozialistisch eine befremdete Organisation sind, als unethisch bezeichnen müssen. Wir sind nun wenig geneigt, einen lauten Kampf zu führen mit anderen Organisationen, aber um so entschiedener müssen wir unseren eigenen Berufs genossen und Verbands-Kollegen gegenüber das Organisationsverhältnis klarlegen.

Unser Verband wurde im Jahre 1898 in Berlin von Gasarbeitern für Gasarbeiter ins Leben gerufen und dehnte sich ein Jahr später auch auf die Arbeiter anderer städtischer Betriebe aus. Diese Erweiterung des Zusammengehörigen ergab sich aus der Notwendigkeit des Zusammenflusses aller städtischen Arbeiter, so bald es galt, praktische Resultate und Fortschritte in der Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu erzielen. Dazu ist auch unser Tätigkeitsgebiet stark abgegrenzt. Wir haben keine Veranlassung, Arbeiter nichtstädtischer oder städtischer Betriebe für unseren Verband zu gewinnen, und haben sogar z. B. den Holz- und Kohlenarbeitern welche ursprünglich von uns organisiert worden waren, z. B. gütlich zugebetet, sich dem Transportarbeiter-Verbande anzuschließen, was dann auch geschah ist.

Umgekehrt lag, um ein anderes Beispiel anzuführen, f. B. die Sache in Hamburg.

Die Arbeiter der Stadtmasserwerk gehörten ursprünglich dem Fabrikarbeiter-Verbande an. Da dieses Organisationsverhältnis nicht ihren Interessen entsprach, lösten sie sich von diesem Verbande los und gründeten den lokalen Verein der Wasserwerksarbeiter und traten, als im vorigen Jahre die Verbandspromaganda hier einsetzte, in richtigem Erkennnis der realen Dinge, sofort dem Verbande der in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangehörigen bei und setzten damit den Grundstein zu der Größe der heutigen Hamburger Verbandsfiliale. Mögen alle anderen lokalen Gruppen von Staatsarbeitern diesem guten Beispiele folgen!

In solchen Betrieben, wo Staat oder Gemeinde als Arbeitgeber fungieren, sind nach der jetzigen Entwicklung der Dinge nur als Gewerkschaft zulässig. Es sei denn, daß hier oder da Umstände die Sache ausnahmsweise ändern. Wenn nun Personen, die bereits einem anderen Verbande angehören, in städtische oder städtische Betriebe eintreten und ihrem alten Verbande auch fernher angehören wollen, so ist das gewiß ihr gutes Recht. Falls aber die neue Beschäftigung sich zu einer dauernden gestaltet, dürfte es sich empfehlen, auch der nur für solche Arbeiter zulässigen Organisation beizutreten. Das Hamburger Gewerkschaftsstatut hat übrigens schon vor Jahren beschlossen, daß Arbeiter des einen Berufes, welche einen anderen Beruf als Nebenberuf betreiben (z. B. Schuhmacher als Sonntagsgesellen etc.), dann auch der anderen in Frage kommenden Gewerkschaft angehören sollen. Das ist, wo ein neuer Hauptberuf in Betracht kommt, erst recht richtig. Die Praxis zwingt ohnehin die dauernd in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, und das ist der Verband der in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangehörigen. Es ist daher Aufgabe aller Verbandskollegen und insbesondere der Vertrauensleute, Bezirks- und Sektionsführer, irgend-

welchen Verbänden dieses Thatsachens und sonstigen von anderer Seite gestifteten Verwirrungen gebührend entgegenzutreten.

Weiter ist das Gerücht in Umlauf gesetzt worden, es bestände die Absicht, alle nicht handwerksmäßig vorgebildeten Arbeiter zu einem einzigen Verbande (Fabrik- und Handarbeiter-Verband) einzulassen zu schließen und daß dabei folgende Verbände in Betracht kämen: Eisenarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter, Bau- und Erdarbeiter, Hilfsarbeiter der Metallindustrie (Metallarbeiter-Verband), Hammer (Steiniger), Brauereiarbeiter und Staats- und Gemeindearbeiter. Da dieses Gerücht in den Kreisen unserer Mitglieder kolportiert worden ist, um sie schon jetzt zu veranlassen, dem Fabrikarbeiterverbande beizutreten, stellen wir das Folgende hiermit fest:

1. Es haben allerdings auf Anregung der Bau- und Erdarbeiter Sitzungen von Vorstandsmitgliedern oden genannter Organisationen stattgefunden, um ein Regulator zu schaffen, das bei eintretenden Streiks oder Ausprägungen die Beiträge- und Unterhaltungsverhältnisse regeln soll.

2. Diese Angelegenheit ist zur weiteren Erledigung dem Hamburger Gewerkschaftsstatut überwiehen worden.

3. Eine Anregung, alle in Frage kommenden Verbände zu verschmelzen, wurde in der Sitzung am 5. November d. J. von allen vertretenen Organisationen abgelehnt, da in einer Urt der Generalversammlungen der betreffenden Verbände, nur in zweiter Linie der Gewerkschaftsorgane darüber zu befinden hätten. Die anwesenden Vorstandvertreter hatten außerdem Auftrag, jede weitere Erörterung der Verschmelzungsfrage strikte abzutheilen.

Wir hoffen, durch diese Ausführungen allen denjenigen Kollegen, welche sich über die Organisationsangelegenheiten nicht klar waren, den richtigen Weg gezeigt zu haben, und erwarten nun einen festen Zusammenhalt aller Beteiligten.

### Versammlungen.

Berlin. Am 4. November la... hier wieder eine Kommittee-Versammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Vorlage des Ausschusses der Berliner Filialen in der Beamtenschaft, unterbreitete Bericht der Versammlung folgende Vorschläge:

Jedes Mitglied hat einen wöchentlichen Beitrag von 20 Pf. zu zahlen; hiervon sind 5 Pf. pro Mitglied und Woche an die Ausübung der Berliner Filialen abzuführen. Die hierdurch einkommenden Gelder werden zu folgenden Zwecken verwendet:

1. Zur Deckung der Unkosten des Bureaus (Miethe, Beleuchtung, Heizung, Porto, Zeitungsabonnement, Druckkosten etc.)
2. Zur Gehaltsbeiträge der Bureaubeamten.
3. Für den Beitrag an die Berliner Gewerkschaftskommission.
4. Zur Unterhaltung ausländischer Arbeiter anderer Berufe.

Die Einzelheiten für die Berliner Gewerkschaftskommission kommen in Regal. Sammlungen für ausländische Arbeiter anderer Berufe sollen möglichst unterbleiben; ihnen soll seitens des Ausschusses nach Lage der Umstände Unterstützung gewährt werden. Die Stelle des Bureaubeamten soll in mehreren geeigneten Blättern ausgeschrieben werden. Derselbe muß mit der Gewerkschaftsorganisation und der kommunalen Sozialpolitik eingehend vertraut sein, rednerische Fertigkeiten besitzen und Engländer vorzuziehen können. Die Merkmalen, sollen der Gehaltsforderungen selber stellen. Der Ausschuss der Berliner Filialen prüft in Gemeinamkeit mit dem Verbandsvorstande die eingeladenen Personen und stellt die geeignete Persönlichkeit möglichst zum 1. Januar 1902 an. Die Personumstände und derartige zu prüfen, daß der Beamte alljährlich von 11-1 Uhr und in der Woche an zwei Abenden von 6-9 Uhr zu sprechen ist.

In der Diskussion spricht sich Guhn für die Vorlage aus; er betont, daß in der Sitzung des Ausschusses die jetzt die Anstellung eines Beamten gegeben werden durchgängig beibehalten werden und auch hierüber sich darüber, daß jetzt fast völlige Einmütigkeit besteht der Notwendigkeit eines eigenen Bureau besitzlich.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage gegen ungefährl. 10 Stimmen angenommen.

Dann behandelt Bericht kurz die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Er betont, daß die städtischen Arbeiter Berlin nur für die sozialdemokratischen Kandidaten eintreten können, indem die liberalen Stadtverordneten mit ganz wenigen Ausnahmen bisher so gut wie gänzlich für die städtischen Arbeiter gethan haben. — Die Kollegen Koch, Weitzpahl und andere sprachen sich in selber Sinne aus. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß die liberalen Stadtverordneten, mit sehr wenigen Ausnahmen, sich so gut wie gar nicht der Interessen der städtischen Arbeiter im Stadtverordneten-Kollegium bisher annahmen, sondern durchgängig nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten energisch für die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter eintreten, können die Verammelten auch nur sozialdemokratischen Stadtverordneten bei der bevorstehenden Wahl ihre Stimme geben. Die städtischen Arbeiter haben die Verpflichtung, sich in diesem Sinne an der Wahl zu beteiligen.“

unfittend  
es  
organ  
kritik  
schen  
und  
in  
Recht  
auf  
be  
sch  
ber  
sich

**Berlin VII.** (Schlacht und Viehbof.) Unsere letzte Mitgliederversammlung tagte am 22. Oktober. Zunächst wurde in der üblichen Weise das Abenden des verstorbenen Kollegen Godefr. und sein Hinscheiden lebhaft bedauert. Große Erregung rief folgende Mitteilung des anwesenden Sohnes des Verstorbenen hervor. Als seine Mutter dem Bodenmeister, bei dem Sorge besichtigt war, die Mitteilung vom dem erfolgten Tode überbrachte, machte dieser über den Verstorbenen Aussagen, welche die Angehörigen auf das Tiefste verletzten mussten. — Dieses unerhörte Verhalten des Bodenmeisters hat aber andererseits unserer Organisation Nutzen gebracht, indem hierdurch veranlaßt, mehrere Kollegen der selben beitreten. — Nachdem noch eine Reihe organisatorischer Fragen ohne öffentliches Interesse erörtert worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung vom 26. Oktober.

- 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
- 2. Abrechnung.
- 3. Sozialer Kommunalpolitik Referent H. D. Stolten.
- 4. Bericht der Mitglieder.
- 5. Bericht von der Boykott- und Ausfühfung in Berlin in der Unterstützungsfrage. Referent Sekretär H. Bürger.

Die Abrechnung ergab einen Bestand vom 2. Quartal von 250,49 Mk. Einmalige 3. Quartal 950,60 Mk. Ausgabe 4.1,65 Mk. An die Hauptkasse abgeführt pro drittes Quartal 506,10 Mk. Es verbleibt hiernach ein Bestand am 1. Oktober von 223,34 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 471 und am 1. Oktober 614 resp. 590.

Zu Punkt 3 mußte Genosse Stolten in längerer Ausführungen, dabei die Tätigkeit der Mitglieder in in würdiger Weise bezeugt, die größte Aufmerksamkeit in der Anwendung zu erregen. Nach Schluß erteilte Herr Redner allgemeinen wohlbedenklichen Besatz der erstverkauften Karte sehr stark besuchten Versammlung. — Kollege Schönbach ergänzte in ruhigen Worten den Vortrager. Wegen der vorgeordneten Zeit wurde Herr Bürger, den 4. Punkt zur öffentlichen event. hierzu eine Extra-Versammlung anzuberaumen, was angenommen wurde. Hierauf Schluß nach einigen internen Angelegenheiten.

**Magdeburg I.** In unserer Mitglieder-Versammlung vom 19. Oktober wurden die Kollegen Bildt, Wilsberg und Weiss zu Mitgliedern des Arbeiter-Ausschusses gewählt. — Ferner nahm Kollege Heide seine bekannten Ausführungen gegen Buchbinderei zurück, womit die Versammlung die Angelegenheit als erledigt betrachtete. — Die Quartals-Abrechnung wurde für richtig befunden. Die Bilanz zeigt gegenwärtig 150 Mitglieder.

**Mannheim IV.** Die Bilanz hielt ihre Generalversammlung am 6. Oktober ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Rothleder, eröffnete um 4 Uhr Nachmittags die Versammlung, begrüßte und dankte den Mitgliedern für ihr zahlreiches Erscheinen, hierauf gab er die umfangreiche Tagesordnung bekannt.

Nachdem der Vorsitzende die Saumlosigkeit des Schriftführers Beder gerügt, welcher bereits in drei Versammlungen gefehlt und auch in der Generalversammlung trotz schriftlicher Einladung nicht erschienen war, wurde das Protokoll der letzten Versammlung vertlesen. Kollege Rothleder berichtet nun, daß im abgelaufenen Jahre 22 Versammlungen stattgefunden haben, davon waren 2 öffentliche. Ferner sind zwei Aufsätze nach Schreyheim und nach Keutlich in der Bilanz gemacht worden. Der Vorsitzende betont, daß der Vorstand Alles aufgeben habe, um den Mitgliedern mit ihren Familien auch Vergnügen zu bereiten, damit sich auch die Familienangehörigen besser kennen lernen. Auch der Besuch der Versammlungen, sowie auch die Beteiligung an den Ausflügen sei nicht besonders ergötzlich gewesen. Weiter führte der Redner die mannigfachen Vorkämpfe an, die durch die Organisation im verflossenen Jahre erzielt wurden. Er betonte noch, daß kaum 1/4 der Stadt-Arbeiter organisiert seien. Es würden ganz bedeutendere Erfolge zu verzeichnen sein, wenn die übrigen 3/4 händlicher Arbeiter ebenfalls organisiert wären. Er forderte die Anwesenden auf, stetig für die Organisation zu agitieren, indem er nachwies, daß eine gesunde Organisation, sobald nun Augen der Stadtgemeinde, sowie auch zum Nutzen eines jeden Arbeiters sei. Rastlos streben verteilte hierzu den Rassenbericht, demselben ist zu entnehmen, daß der Rassenbericht zwar nicht viel, jedoch um was jugenommen habe; die Bilanzliste habe einen Barbestand von 214,78 Mk. Die Mitgliederzahl betrug um 10 zugewonnen, so daß die Bilanz jetzt 88 Mitglieder zählt. Kollege Krug als Revue beschäftigt die Mitglieder der Abrechnung, auf dessen Antrag wird dem Kassier Decharge erteilt.

Wiedererwählt resp. neugewählt wurden: 1. Vorsitzender Kollege B. Rothleder, 2. Vorsitzender Kollege Bildt, Redner, Kassier Kollege Gerich, Schriftführer Kollege Karl Hehrens, Revisor Kollege Rodmüller und Red. Hehrens Kollege Krug und Gruber.

Kollege Rothleder berichtete nun über die Sache Bildt, Hehrens contra Oberhardt, welche Kollege Hehrens zur Ausführung ergand. Kollege Sotta beantragt die Sache als nicht zu legen, indem Kronauer und Oberhardt nicht einst zu nehmen seien, letzterer glaube sich ein todes Köpfchen zu verdienen. Dem Wünsche Rothleders gemäß soll Kronauer zu Freitag eingeladen werden, um sich zu rechtfertigen, während er nicht, so ist darauf zu entnehmen, daß Kronauer Unwahrheit behauptet. Punkt 7 wünscht Kollege Gerich von der Tagesordnung abzuhängen, was nicht angenommen wurde. Zum Punkt: freiwillige Kranken-Kontrolle berichtet Kollege Sotta. Schließlich hält er es für vordienlicher, wenn man über diesen Punkt zur Tagesordnung übergeht, da die Ortskrankenkasse bedürftig. Seine gegen Verablung anzustellen. Hierum Anträge schlagen sich die Kollegen Hehrens und Krug an, worauf dieser Punkt als erledigt betrachtet wird. Zu Punkt 9 verteilte Hehrens ein Schreiben vom Stadtrat, betreffend den Verkauf von

Roblen an städtische Arbeiter. Kollege Jakob stattet den Rassenbericht ab. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Kollegen auf, der Verammlung der städtischen Straßenbahner, die Wendts 10 Uhr stattfinden, beizuwohnen.

**Stettin.** Am 3. November hielt der Verband der Gemeinde-Arbeiter und Unterangestellten, Filiale Stettin, seine Monats-Versammlung bei Stellmacher, Börsenstraße, ab. Der Kassier gab den Rassenbericht. Da Einwände nicht gemacht wurden, wurde der Kassier entsuldet. Es wurde beschlossen, eine Petition an den Magistrat wegen einer Arbeitsordnung und Arbeitsregelung einzureichen. Hierauf hielt Kollege Krenzin einen Vortrag über Krankenversicherung, Invaliditäts- und Schiedsgericht. Es wurde beschlossen zu der nächsten Wahl von Beisitzern der Betriebskrankenkasse nur organisierte Kollegen zu wählen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch auf die am 17. November, Nachmittags, beim Kollegen Stellmacher stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam und ersuchte um recht rege Beteiligtung und Agitation.

**Stuttgart.** Am Freitag, den 25. Oktober, fand im Gewerkschaftshaus eine jährliche Besprechung der im Gemeindedienst beschäftigten Arbeiter der Stadt-gemeinde Stuttgart statt mit der Tages-Ordnung: Tätigkeitsbericht des Arbeiter-Ausschusses. Der Referent Kollege Altvater führte in fünfzehn-minütiger Rede etwa Folgendes aus:

Durch das Jubiläumsvotum des Vereins städtischer Arbeiter im Jahre 1899 sei auch die Notwendigkeit eines Arbeiterausschusses sowie einer Arbeitsordnung ins Auge gefaßt worden. Am 26. Mai 1899 sei die bürgerliche Eingabe dem Gemeinderat zugegangen, aber trotzdem habe die Wahl erst am 1. November stattgefunden. An Arbeit beim Kleinarbeit war kein Mangel. Eine Eingabe um Vermeidung d. r. 10-jährigen Arbeitszeit wurde vom Gemeinderat im Frühjahr 1899 b. milligt. Genoss wurde im Sommer der Herabsetzung am Samstag auf 6 Uhr ohne Lohnabzug festgelegt. Des Weiteren hat der Arbeiterausschuß eine Eingabe um Herabsetzung von billigen Wohnungen für städtische Arbeiter und Unterangestellte eingereicht. Das Bauraturn ist hierauf nicht so weit vom Zentrum der Stadt entfernt sein. Der Gemeinderat hat sich mit dieser Sache in mehreren Sitzungen beschäftigt.

Es wurde von einigen Mitgliedern des Gemeinderates ein Terrain im Dachstuhl bezug. Wägenhof in Vorhild gebracht. (Nicht ob die städtischen Arbeiter nicht unter anderen Menschenkindern wohnen könnten.) Ein Vorschlag des Herrn Gemeinderats St. o. m. e. r. e. der Wohnungler aus dem händlichen Terrain an der 2. Bürlensstraße zu bauen, fand jedoch bei der Mehrheit des Kollegiums Billigung. — Ferner wurde der Arbeiterausschuß im Jahre 1900 wegen allgemeiner Lohnerhöhung vorklägt. Die Erhöhung kam zu Stande und betrug von 10—30 % pro Tag, je nach Leistung und Alter. Weiterer V. S. B. bei der Straßenaussparung für die nicht, im Gegensatz zu der Gehaltsaufbesserung für die Beamten. Wegen Abgabe von Werkzeu bei der Straßenaussparung mußte der Arbeiterausschuß wiederholt vorklägt werden, ebenso wegen Abgabe von billigerem Holz.

Auf Anregung des Herrn Gemeinderats St. o. m. e. r. wurde denjenigen pensionierten Arbeitern, die schon länger als ein Jahr vom händlichen Betriebe entfernt sind, ein Sturgebild von 60 Mk. bewilligt.

Des Weiteren bezieht der Gemeinderat, am 20. November 1900 eine Unterstützungsgefasse für händliche städtische Arbeiter, sowie Schulaute und sonstige Angestellte, die ohne ihr Verschulden in Not geraten sind, in der Höhe von jährlich 2000 Mk. zu gründen. Wenn die Stadtverwaltung ihre Arbeiter so bezahlen würde, um ohne Unterstützung auszukommen, würde sie mehr Dank ernten. — Redner erklärt zum Schluß, der Arbeiterausschuß habe seine Schuldigkeit getan und könne das Bewusstsein haben, daß in den letzten drei Jahren seit Bestehen des Arbeiterausschusses mehr für die Lage der händlichen Arbeiter gearbeitet worden ist als in 10 Jahren zuvor (Allgemeiner Beifall.)

Bei der nun folgenden Diskussion entspannen sich folgende lebhafte Debatte. Kollege S. o. m. e. r. wünscht, daß jeder Arbeiter, der ein Jahr im händlichen Betrieb beschäftigt ist, wahlrechtlich sein solle. Er ist einer mit der Tätigkeit des leibhaftigen Ausschusses sehr zufrieden und hält es für notwendig, daß der neu zu wählende Ausschuss das Gleiche thun möge. Er stattet sodann dem aussehenden Ausschuss den Dank der Versammlung ab. Der z. o. stehende richtet darauf noch einige b. h. z. h. gende Worte an die Versammlung und wünscht daß jeder Einzelne seine Schuldigkeit thun möge.

Mit einem Hoch auf die Organisation, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

### Aus den Gemeinden.

**Gegen die Pensionierung der städtischen Arbeiter.** Der Verband der Schmarobler, oder wie sein offizieller Titel lautet, Zentralverband der Industriellen. — Seit einemhalb Jahrgehören hat diese Verhältnisse der Unternehmer es fertig gebracht, jeden wirklichen Fortschritt der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung zu verhindern. Ihre Argumentation, daß die deutsche Industrie nicht fähig sei, höhere soziale Lasten zu tragen, daß sie dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig würde und daß jede Schädigung der Industrie schädlich für den Schicksal der Arbeiter ausschläge, fand bei den Verhandlungen über die Unfall- und Invaliditäts-gesetze neue alle neuerzehenden Angriffe der Arbeitervertreter abgelehnt worden.

Nun handelt es sich zwar bei der Frage der Pensionierung städtischer Arbeiter zunächst keineswegs um die

Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit, sondern nur um eine Gleichstellung der den industriellen Arbeitsmarkt fernstehenden Arbeiter in Gemeindebetrieben mit anderen städtischen Angestellten. Aber die Unternehmer sind dadurch noch nicht beruhigt; sie fürchten im Gegenteil, daß das Vorgehen solcher Gemeinden nicht bloß moralisch zur Nachahmung zwingt, sondern auch auf den Arbeitsmarkt einen Druck ausübe, dem die übrigen Unternehmer sich fügen müßten. In der deutschen Industrie-Ztg. nimmt Dr. C. Martens in einem "Pensionierung der Arbeiter" überschriebenen Aufsatze scharf gegen diese kommunale Arbeiterfürsorge Stellung. Nach einem in bekannter Manier geführten "Nachweis", daß die deutsche Arbeiterversicherung als Ganzes der jedes anderen Auslandes weit voraus sei und daß die Leistungsfähigkeit des Unternehmens weitere erhebliche Belastungen nicht ertragen könne, will er den Einwand, daß die kommunalen und staatlichen Pensionierungspläne die Privatindustrie nicht berühren, nicht gelten lassen. Ganz abgesehen davon, daß die größere Inanspruchnahme des Staatsfonds auch für die Unternehmer eine höhere Besteuerung bedeutet, so ist es doch unzweifelhaft, daß auch sie sehr lang oder kurz dem Vorgehen des Staates zu folgen gezwungen werden würden, einmal, weil der Privatunternehmer sonst nur noch solche Arbeiter würde bekommen können, die der Staat nicht gebrauchen kann oder will, und zweitens, weil der auf die Privatunternehmer durch das Vorgehen des Staates ausgeübte Druck wohl ein solcher sein würde, dem zu widerstehen den Gewerbetreibenden nicht lange gelingen dürfte. Nicht in die Frage der Pensionierung der Arbeiter durch Staaten und Kommunen gleichzeitig eine Frage, zu welcher die Privatunternehmer Stellung zu nehmen ohne Weiteres gezwungen sind. Natürlich hält Dr. Martens jedes solches Pensionierungs-gesetz, sei es von staatlicher oder kommunaler Seite, für verfrüht und den jetzigen Zeitpunkt angeht der niedrigen Konjunktur für durchaus unglücklich. In der sozialpolitischen Gegebenheit muß vorerst die nötige Verordnungs-pause eintreten, die Unternehmer müssen während der abwärts gehenden Tendenz im Wirtschaft-leben vor weiteren Belastungen bewahrt werden, die weitere Ausgestaltung der sozialpolitischen Gegebenheit aber auch später der größeren Gewähr für Einbettbarkeit und vericherungstechnische Leistungen bieten der Reichs-gesetzgebung überlassen werden." Verfrüht, nicht gezeitigt, diesen Zeitpunkt, — das sagte das Organ der Industriellen auch mitten im Wirbel der Hochkonjunktur, nach deren Abfluge die große Verordnungs-pause der Industriellen beginnt, eingeleitet mit der Propaganda für monopolistische Schutzgölle und für enorme Subventionen des Arbeiterbuhaltendes. Was für den Unternehmern die Verordnungs-pause bedeutet, das ist für den Arbeiter eine Hunger-pause — und um ihretwillen die sozialpolitische Gegebenheit wegen der damit verbundenen geringen Gehälter der Unternehmer zu vereiteln, zugleich aber ungeschickt höheren Preisen das Wort zu reden, eine solche schändliche Interessenpolitik der Industriellen ist um so verwerflicher, je mehr es mit Worten der Anerkennung des bürgerlichen bürgerlichen Sozialreform um sich wirft. Allerdings dürfte Dr. Martens darin richtig kalkuliert haben, daß die Pensionierung städtischer Arbeiter nicht bloß die städtischen Kräfte dem industriellen Arbeitsmarkt entzieht, sondern auch die Fortbereden der Arbeiter überhaupt stark beeinflussen würde. Aber gerade darum können wir dieses Vorgehen der Gemeinden und einzelner Staaten vom Standpunkte des allgemeinen Arbeiter-interesses aus betrachtet, nur lebhaft unterstützen. Was für eine einzelne Arbeiterkategorie ein Fortschritt in der Sicherung ihres Lebensstandortes bedeutet, das kommt schließlich auch der gesamten Arbeiterklasse zu gute.

**München.** Dem Bericht seine Krone. Als im März dieses Jahres bei den Arbeitern der städt. Gaswerke eine Lohnregulierung seitens der Direktion vorgenommen wurde, welche jedoch keine Aufbesserung brachte, beipächten die Arbeiter in einer Versammlung diese samole Lohnregulierung und wurde heftig Kritik auf derselben geübt. Sie beschlossen, 3 Tage später in einer weiteren Versammlung das Resultat der gewählten Kommission, welche bei dem Herrn Direktor vorklägt werden sollte, entgegenzunehmen. Doch siehe da: Die Direktion legte ein Schreiben vor, in welchem die Vatermörder sich böhstlich für das bürgerliche bürgerliche Wohlwollen bedankten und sich sehr zufrieden mit den Anordnungen der Direktion erklärten. Am 16. Oktober d. J. wurde nun wieder eine Regelung des Arbeiterverhältnisses der Vatermörder vorgenommen und fand wieder ein Straf-paragrafen Aufnahme, welcher jedem der 10 Minuten zu spät am Standplatz erscheint, um einen Strafzettel von 5 Mk. bedenk. Wer im Jahre 1899 sechs oder mehr Strafzettel zusammenbringt, wird entlassen. Erhält nun ein Vatermörder im Monat einmal eine solche Strafe, so werden ihm wegen 10 Min. Zutät kommen rund 8 wkt. seines Verdienstes als Summe für sein Vergehen abgezogen!

Ob sich die Vatermörder nun auch bedanken werden bei der üblichen Direktion? Ob die Mütter Wasserarbeiter es nun noch nicht dabei einsehen, was sie zu thun haben, um eine Verbesserung ihrer obnedes schimmern Arbeiterverhältnisse zu erzielen?!

### Gewichtliches.

**Hoffe ringsfallen.** Wegen den Verbandssollgen Koppy war soviel vorerlangen haben, auf Veran-lassung des Betriebsgemeins Falls-Charakterisierung — seitens der Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Ver-gleichens gegen den § 153 der A.-O.-D. erhoben werden. Koppy sollte gelegentlich des Charakterisierung was-arbeiterrechts entgegen. Arbeitswilligen zu nahe gehen lassen. Das Schöngerecht sprach Koppy in einer Ver-handlung vom 6. Juni 1899. Gegen dieses entsprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Es

fand auch in der Berufungsinstant ein Termin statt, der jedoch keine Entscheidung brachte. Die Verhandlungen wurden vertagt, da noch in einigen wesentlichen Punkten Recherchen veranlassen werden sollten. Die Königl. Staatsanwaltschaft hat jetzt dem Angeklagten mitgeteilt, daß sie die Berufung zurückziehe. Dadurch hat das Urteil des Schöffengerichts Rechtskraft erlangt, und ist Herr Hoffe mit seinen Hoffnungen abgetilgt.

In dem Urteil heißt es:

„Durch die Beweisaufnahme ist nicht der Beweis erbracht worden, daß der Angeklagte zu Charlottenburg am 11. April 1901 die Arbeiter Schmitt und Berger und Strymanski durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht hat, an Verabredungen oder Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Hilfe zu leisten bezw. zu hindern versucht hat, daß der Arbeiter Schmitt von solcher Verabredung zurücktrat. (Vergehen gegen § 153 R. G. O.). Nach § 153 R. G. O. fällt nur unter Strafe, wer andere durch Ehrverletzung usw. zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestimmen versucht an Verabredungen oder Vereinigungen teilzunehmen usw. Der in Frage stehende Straftatbestand ist demnach nicht erfüllt, eine Bestrafung des Angeklagten an diesem Straftatbestand ist nicht zum Beweise der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Der Angeklagte war daher freizusprechen.

### Gerichtung.

In der letzten Nummer befand sich ein Aufsatz über die Vertriebs- und Arbeitsweise des Gaswerks Ramin in Wittenberg. Derselbe enthält eine Unrichtigkeit. Nr. 80 pag. sondern nur 30 pag. sollen die Feuerhausarbeiten an Wartefeld erhalte, wenn die während des Sommers auf dem Hofe beschäftigt werden.

### Briefkasten.

In der letzten Nummer des H. S. in M. Wir erlauben in Zukunft nur 1 feine beschriebene Manuskripte einzuliegen zu wollen; auch die ausführliche Angabe der Tagesordnung in den Briefen erbitte ich, weil dieselbe zum Teil aus dem H. S. in M. hervorgeht.

### Versammlungs-Anzeiger.

- Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.
- Berlin I. (Nikolaikirchhof). Donnerstag, den 26. November.
  - Berlin Ia. (Königlicher Zeughaus). Dienstag, den 2. Dezember, bei Herrn. Bernauer Allee (Zeughaus). Abends 8 Uhr.
  - Berlin Ib. (Nikolaikirchhof). Dienstag, den 26. November, Sonntag, den 2. Dezember.
  - Berlin II. (Kantonsplatz). 21. Dezember, Dragonerstr. 16. Abends 8 Uhr.
  - Berlin III. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Vormittags 9 Uhr, bei Gust. Arenaberger, 33.
  - Berlin IV. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monat, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin V. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin VI. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats.
  - Berlin VII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin VIII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin IX. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin X. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XI. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XIII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XIV. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XV. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XVI. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XVII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XVIII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XIX. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XX. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXI. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXIII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXIV. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXV. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXVI. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXVII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXVIII. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXIX. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.
  - Berlin XXX. (Königsplatz). Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats, bei Hildebrandt, Postenstraße 21. Abends 8 Uhr.

### Formulare

für Anträge auf Bewilligung von Ruhegeldern und Hinterbliebenen-Versorgung können die Filialen uneigentlich durch den Verbands-Vorstand bezogen.

### Berlin, Filiale VI.

Carl Jacob, Boritzender, Breitenwalderstr. 20, Lsg. I.  
 Zimmer: Wilhelm Haub, Poststr. 45, vorn IV.  
 Schriftführer: Ernst König, Frankfurter Allee 137.

## Gewerkschafts-Beamter.

Für die Geschäftsführung der Berliner Filialen des Verbandes der Gewerkschafts-Arbeiter wird ein beidseitiger Beamter gesucht. Derselbe muß mit der Gewerkschaftsbewegung und der kommunalen Sozialpolitik eingehend vertraut sein, rednerische Befähigung besitzen und Eingaben korrekt anfertigen können. — Der Posten ist neu eingerichtet worden.

Reflektanten wollen ihre Offerten unter Angabe ihrer Gehaltsforderungen nebst Lebenslauf an Bruno Peersch, Berlin W. 30 Winterfeldstr. 25, richten. Antritt möglichst 1. Januar 1902.

## Achtung! Achtung!

### Verband kädtischer Arbeiter.

Jahrbuch IV, Mannheim.  
 Am Sonntag, den 1. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, findet in der bunteren Lokale des Vereins, H. 3, 3 u. 1er

### Zweites Stiftungs-Fest

verbunden mit  
 theatralischen u. musikalischen Aufführungen statt  
 Wir laden hierzu alle kädtischen Arbeiter, sowie Freunde und Gönner unserer Sache ein.  
 Der Vorstand der Filiale Mannheim IV.

## Filiale Friedrichshagen.

Uns vom Verband und arbeitskollegen Gerthold Vrenk zu seiner silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
 S. H.: Der Vorstand.

## Neuen Zeit

Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie.  
 Unter Mitwirkung der Redaktion von  
 J. Bebel, V. Sargant, Fr. Mehring, F. J. Sorge u. A.  
 redigiert von  
 Carl Lautsack.

Die angegebene Stellung, in der die „Neue Zeit“ bei den Anhängern der Sozialdemokratie erworben hat, verdankt die Zeitschrift dem Einfluß, den sie als Organ des wissenschaftlichen Sozialismus, nicht minder aber auch der politischen Agitation, gewonnen hat. Die Ereignisse des Tages, die von weiter reichender Bedeutung sind, werden namentlich soweit sie auf die Arbeiterbewegung und den Sozialismus Bezug haben, eingehender besprochen, als es in der Tagespresse möglich ist, während gleichzeitig die wichtigsten Ereignisse aus dem Gebiete der Literatur und Kunst, der Naturwissenschaften und der Technik angemessen Berücksichtigung finden.

Die „Neue Zeit“ darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Postämter zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Hochachtungsvoll  
 J. G. W. Dieb Nachf., Stuttgart.

## Buske's Gesellschafts-Säle

Inh. Schulz  
 Grenadierstraße 33  
 empfiehlt seine Vereinszimmer und Säle 50, 80, 90 und 200 Personen fassend,  
 zu Sitzungen, Versammlungen und Vergnügungen.  
 1. Weihnachtsfesttag noch frei.

## Ladewig's Bier-Stuben

Kommandantenstr. 65.  
 Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier.  
 Vereinszimmer für 40 Personen.  
 Franz. Stillard. Telefon.  
 Jahrbuch der „Freien Volksbühne“.

## Überall

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksvereinigungen den Eingeborenen des bekannten humoristisch satirisch u. Arbeiterblattes

## Süddeutscher Postillon

übernehmen können. Günstige Bedingungen. Weitere Auskunft ertheilt auf geil. Anträge M. Ernst, Verlag, München, Senefelderstr. 4.

## Filiale Friedrichshagen.

Madras.  
 Am 4. November verliert unser treuer Verbands- und Arbeiterkollege  
**Wilhelm Hampel**  
 im Krankenhaus Friedrichshagen (Berlin) im 46. Lebensjahr.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Der Vorstand.

## Berlin XIII (Nieselsfelder).

Am 12. d. Mts. verliert unser treuer Verbandskollege  
**Hermann Geroll.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Der Vorstand.

## Berspäter.

Am Sonntag, den 20. Oktober, verliert nach kurzem, schweren Leiden unser treuer Mitglied  
**Ferdinand Sorge.**  
 Der Verstorbenen, welcher mit zu den Gründern unserer Filiale gehörte und auch längere Zeit Mitglied der Zentralleitung des Verbandes war, erkrankte sich wegen seiner 8. geraden, ehrlichen Charakter der allgemeinen Lieblichkeit seiner Kollegen, weshalb diese ihm auch stets ein treues Andenken bewahren werden.  
 Der Vorstand  
 der Filiale Berlin VII (Schlacht- und Siebhol).

## Filiale Hamburg.

# Mitglieder-Versammlung

am 20. November 1901 (Dinstag), Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schwaff, (Oberer Saal), Neumärkterstraße 41-43.

- Tages-Ordnung:
1. Verbandsmitteilungen.
  2. Berichterstattung vom Gewerkschaftshaus, a) Gewerkschaftshaus, b) Konfektionsarbeiter-Bewegung, c) Bibliothek, d) Arbeitsnachweis und Anderes. 3. Agitation. 4. Verschiedenes.
- NB. Die Berichtsunterlagen sind gehalten, die Beiträge regelmäßig einzuzahlen, sowie auch unser Verbandsblatt prompt zu beziehen. Von dieser Tätigkeit hängt ungemein viel ab. Es ist vorgekommen, daß Verbandsmitglieder nahezu zu 1/2 Monate hindurch nicht bezahlt worden sind und ebenso wenig das Verbandsblatt erhielten. Der Filialvorstand hat nun eine schriftliche Abrechnungskontrolle eingeführt, um die Wiederkehr solcher Unregelmäßigkeiten zu verhindern.
- Wenn die Mitglieder nicht rechtzeitig bezahlt werden oder das Blatt nicht erhalten, ist es ihre Sache, dies unverzüglich dem Filialvorsitzenden per Postkarte oder mündlich mitzuteilen.

## Der Filialvorstand.

## Filiale Kiel.

# Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 24. November, Abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“.

- Tages-Ordnung:
1. Antrag der Erbsverwaltung auf Anstellung des Arbeitersekretärs.
  2. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell.
  3. Anträge und Mitteilungen aus der Versammlung.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet  
 Die Erbsverwaltung.  
 S. H.: Job. Buzer.

# Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 23.

Berlin, den 17. November 1901.

5. Jahrg.

## Vorlage betreffend Änderungen unserer Verbands-Statuten.

Auf Grund der Bestimmungen des § 7, Absatz 6 unterbreitet hiermit der Verbands-Vorstand den Mitgliedern folgende Vorlage zur Urabstimmung.

Die beantragten Änderungen sind fett gedruckt. Die näheren Anweisungen betreffs der Urabstimmung sind unten zu finden.

### Verband der in Gemeinde- und Staats-Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

#### I. Zweck des Verbandes.

§ 1.

Der Verband hat zum Zweck, die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Fragen.

Zur Förderung dieses Zweckes dienen:

- a) Befreiung einer Arbeits- resp. Dienstzeit, welche den kulturellen und gesundheitlichen Anforderungen entspricht, unter Zugrundelegung eines Gehaltes resp. Lohnes, welcher für die Befriedigung aller vernunftgemäßen Bedürfnisse der Verbandskollegen und deren Familien vollständig ausreicht;
- b) Einführung einer auskömmlichen Unterstützung in Krankheits- und Unfallfällen seitens der Gemeinde und des Staates;
- c) Einführung der Pensionsberechtigung und Hinterbliebenen-Versicherung für sämtliche Arbeiter und Unterangestellte;
- d) Schaffung von staatlichen resp. Gemeindebestimmungen, welche den Gemeinde- und Staatsarbeitern und Unterangestellten mindestens dieselben Rechte einräumen, wie diese den gewerblichen Arbeitern bereits durch die Arbeitergesetzgebung gewährt wurden;
- e) Abhaltung von Versammlungen, in denen gewerbliche, sowie wissenschaftliche Vorträge gehalten werden und Anschaffung von Bibliotheken;
- f) Unentgeltlichen Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten nach einjähriger Mitgliedschaft;
- g) Unterstützung der Mitglieder bei Krankheiten, Betriebsunfällen und Sterbefällen, sowie
- h) in allen sich nach Maßgabe der einschlägigen Reglements aus der Bewegung ergebenden Fällen.

#### II. Beitritt.

§ 2.

Dem Verbandsverband kann jeder in Gemeinde- und Staats-Betrieben beschäftigte Arbeiter und Unterangestellter beitreten, der sich den Bestimmungen des Statuts unterwirft. Arbeiter, die in Unternehmungen tätig sind, welche sich allgemein in die Hände der Gemeinden oder des Staates befinden, ausnahmsweise aber in Privatbetrieben sind, können auch aufgenommen werden. Personen anderer Berufs, welche dem Verband durch ihre Mitgliedschaft unterstützen wollen, dürfen nur durch besonderen Beschluß des Verbandsvorstandes aufgenommen werden. Weibliche Personen, die in Gemeinde- und Staats-Betrieben beschäftigt sind, können gleichfalls dem Verbandsverband beitreten.

Außerdem können Mitglieder anderer Organisationen, welche den Verpflichtungen ihrer bis dato zugehörigen Organisation nachkommen sind und den Interessen derselben nicht entgegengegriffen haben, unentgeltlich aufgenommen werden.

#### III. Ende der Verbandszugehörigkeit und Ausschluß.

§ 3.

Die Verbandszugehörigkeit erlischt durch schriftliche Austrittserklärung bei dem Präsidat oder Hauptvorstand und durch Ausschluß.

Der Ausschluß aus dem Verbandsverband erfolgt:

- a) Wenn ein Mitglied den Interessen des Verbandes zuwider handelt;
- b) sich entziehende Verbindungen zu Schulden kommen läßt;
- c) mit 13 Wochenbeiträgen trotz erfolgter Mahnung im Rückstand ist.

Beschwerden gegen den Ausschluß sind bei dem Ausschluß und bei der General-Versammlung zulässig.

Mit Beendigung der Mitgliedschaft erlischt sofort jedes Anrecht an den Verband und dessen Vermögen.

#### IV. Beitrag.

§ 4.

Jedes männliche Mitglied hat bei seinem Eintritt eine Einschreibgebühr von 50 Pf. zu zahlen, jedes weibliche von 25 Pf.

a) Der wöchentliche Beitrag beträgt:

in Klasse 1 . . . . . 25 Pf.  
" " 2 . . . . . 15 "

b) Der Klasse 1 treten alle männlichen Mitglieder bei, soweit nicht die folgenden Ausnahms-Bestimmungen auf sie Anwendung finden: Männliche Mitglieder, denen seitens ihrer zuständigen Betriebsverwaltung Unterstützung in Krankheitsfällen gewährt wird, werden auf Antrag der Klasse 2, weibliche Mitglieder sowie Invaliden bzw. Pensionierte werden der Klasse 3 zugewiesen. Mitglieder der Klassen 2 und 3 haben keinen Anspruch auf verbandsseitige Kranken- und Sterbe-Unterstützung.

c) Falls durch besondere Umstände die Ausgaben bedeutend steigen, hat der Vorstand und der Ausschuß das Recht, eine Extrasteuer auszusprechen. Dieselbe darf nur so lange erhoben werden, als es die Umstände erfordern.

d) Die Präsidien haben das Recht, zu ähnlichen Zwecken Extra Steuern zu erheben. Der beschlossene Beschluß darf nur in einer dazu einberufenen, zeitlich mit Tagesordnung bekannt gemachten Versammlung der Präsidien gefaßt werden.

e) Für verloren gegangene Mitgliedsbücher sind 10 Pf. für Statuten 25 Pf. zu zahlen.

#### V. Beitrags-Entbindung.

§ 5.

Von der Beitragszahlung sind auf Antrag entbunden:

- a) Kranke Mitglieder der ersten Klasse von der zwölften Woche und erkrankte Mitglieder der zweiten und dritten Klasse von dem sechsten Tage der Krankheit an;
- b) Arbeitslose Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit ist bei Eintritt derselben sofort dem Haupt- bzw. Hilfskassier anzuzeigen;
- c) zur Strafbauz eingezogene Mitglieder während der Haftdauer, sobald dieselbe länger als 6 Wochen dauert und dieselben in dem Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte bleiben;
- d) zum Militär eingezogene Mitglieder, sofern ihnen keine Unterstützung für den Lohnausfall betriebsseitig gewährt wird.

#### VI. Unterstützungen des Verbandes.

§ 6.

Auf Antrag kann den Mitgliedern der Klasse 1 (§ 4 Abs. b) verbandsseitig Unterstützung bei Krankheitsfällen und Unfällen, soweit solche Erwerbsunfähigkeit nach sich ziehen, gewährt werden; desgleichen den Hinterbliebenen eines verstorbenen Mitgliedes.

a) Ferner kann den Mitgliedern der Klasse 1 Unterstützung gewährt werden, wenn diese sich einem Selbstverfahren nach § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 unterziehen. Dagegen gewährt der Verband allen Mitgliedern, gleichviel welcher Beitragsklasse, Unterstützung bei Lohnbewegungen, Maßregelungen und Rechtschutz bei den aus dem Dienstverhältnis entspringenden Rechtsstreiten (§ 17).

b) Kranken- und Invaliden-Unterstützung im Selbstverfahren kann erst nach einer Wartezeit von 26 Wochen und nur unter den in §§ 7 und 8 näher erläuterten Voraussetzungen gewährt werden.

c) Für Sterbe-Unterstützung beträgt die Wartezeit ein Jahr.

#### Kranken-Unterstützung.

§ 7.

a) Für Krankheitsfälle ist die Unterstützung bis zum Höchstbetrage von 10 Mk. innerhalb des Zeitraumes eines Beitragsjahres bemessen.

b) Die Kranken-Unterstützung beginnt nach der ersten vollendeten Krankheitswoche und kann ab dann für jede weitere Krankheitswoche im Betrage von 4 Mk. auf die Dauer von 10 Wochen gezahlt werden.

c) Unterstützungsanträge sind in Präsidien an den Präsidialvorstand und von Einzelmitgliedern an die ihnen aufgegebenen Stellen zu richten. Jedes durch Krankheit erwerbsunfähig gewordene Mitglied hat für die Dauer der Krankheit den Nachweis zu führen, daß es sich in ärztlicher Behandlung befindet und muß die einschlägigen Nachweise (Krankenschein etc.) dem Präsidialvorstand bzw. sonst vorgesehenen Stellen vorlegen. Für Einzelmitglieder kommt ein besonderes Weiterverfahren in Anwendung.

d) Jedes Unterstützung beziehende Mitglied unterwirft sich einer Krankenkontrolle.

e) Falsche Angaben in den Unterstützungsanträgen ziehen den Verlust der Unterstützung nach sich. Ebenso wird die Unterstützung entzogen, wenn dem Mitglied von seiner Krankenkasse die Auszahlung des Krankengeldes verweigert wird, ferner, wenn die unter d) geforderten Papiere nicht vorgelegt werden und schließlich, wenn der Krankenkontrollleur das Mitglied während 7 Uhr nicht zu Hause antrifft (sofern nicht ärztliche Verfügungen Ausnahmen zulassen) oder dasselbe bei einer Erwerbstätigkeit betroffen wird.

#### Invaliden-Unterstützung.

§ 8.

Die im § 7 vorgesehene Unterstützung kann auch unter denselben Bedingungen und Vorlegen der diesbezüglichen Papiere gewährt werden, wenn ein Mitglied sich einem Selbstverfahren nach Maßgabe des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes unterzieht. In solchen Fällen darf der Gesamtbetrag der Unterstützung nicht 10 Mk. für die Dauer eines Beitragsjahres übersteigen.

#### Sterbe-Unterstützung.

§ 9.

Im Sterbefalle eines Mitgliedes kann dessen Hinterbliebenen nach Maßgabe des § 6 ein Unterstützungsbetrag von 30 Mk. ausbezahlt werden. In solchen Fällen ist die Sterbe-Urkunde beizubringen.

#### Streik- und Gemahregelten-Unterstützung.

§ 10.

Der Verband gewährt seinen Mitgliedern Streik- und Gemahregelten-Unterstützung nach Maßgabe des jeweilig geltenden Reglements für Lohnbewegungen, Streiks und Maßregelungen.

#### Allgemeine Bestimmungen.

§ 11.

Alle Unterstützungen sind freiwillig und Recht ein gerichtliches Klagebares Recht oder ein sonstiger Rechtsanspruch keinem Mitgliede zu. Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen sechs Wochen oder länger im Rückstand sind, erhalten keine Unterstützung, sofern der Beitragsrückstand auf ihr eigenes Verschulden zurückzuführen ist.

#### VII. Verwaltung und Organisation.

§ 12.

Die Verwaltung des Verbandes besteht aus:

1. dem Vorstande,
2. dem Ausschusse,
3. den Ortsvereinigungen.

#### Der Vorstand.

§ 13.

Der Vorstand besteht aus 7 Personen: Aus dem Vorsitzenden, dem Kassierer und 4 Beisitzern. Der Vorsitzende, der Kassierer und der Sekretär werden von der General-Versammlung gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wählt der Ort, an dem der Verband seinen Sitz hat. Bei unzeitigem Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern hat der bestehende Ort dieselben zu ergänzen.

Seine Aufgaben sind:

Die Vertretung des Verbandes nach innen und außen, desgleichen die Beforgung aller Angelegenheiten, welche nicht durch das Statut dem Ausschusse oder der General-Versammlung vorbehalten sind, insbesondere:

1. Vertretung der Vorstande dem Verband gegenüber Behörden und anderen Personen;
2. hat derselbe die Aufrechterhaltung der Verbandsstatuten zu überwachen und alle notwendigem Beschlüsse zu vollziehen resp. zu vollziehen;
3. die General-Versammlung einzuberufen;
4. die Klassen-Angehörigen zu erledigen und vierteljährlich eine Abrechnung anzustellen;
5. für rege Agitation und Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen;
6. Ferner kann der Verbandsvorstand in Fragen dringender Natur eine Urabstimmung anordnen. Sobald ein Drittel der Mitglieder eine solche beantragt, hat der Verbandsvorstand dieselbe anzuordnen. Zwischen der Bekanntgabe der bezüglichen Anträge und der Urabstimmung müssen mindestens zwei Monate liegen.

**Auswahl.**  
§ 14.

Der **Auswahl** besteht aus 5 Personen. Den Sitz desselben bestimmt die **General-Versammlung**.  
Die **Wahl** des **Auswahls** geschieht durch die Mitglieder derjenigen **Verwaltungsstelle**, an welchem derselbe seinen Sitz hat.  
Der **Auswahl** hat sich innerhalb 14 Tagen nach **Schluss** der **Generalversammlung** zu konstituieren und darauf bezügliche **Bestimmungen** im **Verbandsorgan** zu erlassen. Derselbe wählt sich seine **Vorsitzende** und **wählt** aus seiner Mitte einen **Vorsitzenden** und **Schriftführer**.  
Der **Auswahl** hat die **Amtstätigkeit** des **Vorstandes** zu überwachen und alle **Beschwerden** über die **Beschlüsse** des **Vorstandes**, vorbehaltlich die **Verufung** an die **Generalversammlung** zu erledigen und gemeinsam mit dem **Vorstande** die **Wahl** eines **erforderlichen** **Richtes** vorzunehmen und deren **Bestellung** festzusetzen.  
Der **Auswahl** und der **Vorstand** haben das **Recht**, mit drei **Biertel** Stimmen **Majorität** jedes **Mitglied** des **Vorstandes** vom **Amte** zu **revozieren**, sobald sie die **Ueberzeugung** gewinnen, dass die **Geschäftsführung** oder das **Verhalten** des **Beraters** den **Interessen** des **Verbandes** zuwiderläuft. Eine **derartige** erledigte **Stelle** ist bis zur nächsten **General-Versammlung** vom **Vorort** zu **besetzen**.

**Organisation.**  
§ 15.

In allen **Teilen** Deutschlands, wo der **Verband** mindestens 10 **Mitglieder** hat, ist eine **Zentrale** zu **errichten**. Zur **Leitung** der **Geschäfte** derselben wird auf **Vorschlag** der **Mitglieder** eine **Verwaltung** (**Vorstand**) von 3-7 **Personen** eingesetzt, welche nach einer vom **Verbands-vorstande** herabgehenden **Geschäftsordnung** ihre **Funktionen** verüben. — Auch können an allen **Orten** mehrere **Zentralen** für bestimmte **Berufe** **errichtet** werden, wenn dieselben als **wirtschaftlich** und **heraushebt** Einzelmitglieder senden ihre **Beiträge** entweder direkt an den **Hauptvorstand** oder an die ihnen **hierfür** **ausgewählte** **Stelle**. In **Sachen** regeln sich die **Verwaltungen** nach den **gesetzten** **Umfeldern**.

- a) Die **Zentralen** müssen mindestens aus einem **Vorsitzenden**, einem **Kassierer**, einem **Schriftführer** und zwei **Beisitzern** bestehen.
- b) Außerdem hat jede **Zentrale** zwei **Kassen-Revisoren** zu **wählen**.
- c) Die **Zentral-** und **Kassen-Revisoren** besitzen ihr **Amte** ein **Jahr** hindurch und sind **dann** wieder **wählbar**.
- d) Von den **statutenmäßigen** **Beiträgen** erhält der **Verbands-vorstand** aus der **ersten** **Beitragsklasse** 50 pSt., **und** aus der **zweiten** **und** **dritten** **Beitragsklasse** 66 2/3 pSt.. Der **Rest** verbleibt den **Zentralen**. Die **Zentralen** selbst erhält gleichfalls der **Verbands-vorstand**.
- e) Die dem **Verbands-vorstande** **gehörigen** **Gelder** sind von den **Gebern** der **Zentralen** **streng** zu **führen**, und dürfen nie für **andere** **Zentrale** **angewandt** oder **verwendet** werden.
- f) **Kassierer** oder **Zentralvorstände**, welche der **letzteren** **Bestimmung** zuwider **handeln**, werden ihres **Amtes** **entbunden** und können **ausgeschlossen** werden.
- g) Alle **Wirtschafts-jahre** haben die **Zentralen** mit dem **Verbands-vorstande** **abzurechnen** und erhalten die **Vorstände** derselben **bezügliche** **Abrechnungsformulare** **zugeliefert**.
- h) Die **Revisoren** müssen mindestens bei der **Wirtschafts-jahresabrechnung** die **Rolle** **überprüfen**. Hierbei haben sie sich die **vorhergehende** **Abrechnung**, den **Marken-** und **Kassenbestand**, **vorlegen** zu **lassen**, die **Einnahmen** und **Ausgaben** unter **Vorleistung** der **Belege** **genau** zu **prüfen** und **dann** die **Abrechnungsformulare** zu **unterzeichnen**, wenn alles in **Ordnung** ist. Die **Revisoren** haften für die **Richtigkeit** der **Abrechnung**.
- i) Die **Zentralvorstände** haben alle **Wirtschafts-jahre** eine **Generalversammlung** einzuberufen, in der sie den **Kassenbericht** geben. Diese **Versammlung** muss den **Mitgliedern** mindestens **eine** **Woche** vorher **bekannt** gegeben werden.
- k) **Vierzehn** **Tage** nach **Schluss** des **Quartals** eine **Verwaltungsstelle** die **Abrechnung** nicht ein, so ist diese **besonders** aufzufordern, **diesem** **nachzukommen**; geschieht es in **weiteren** **14** **Tagen** nicht, so ist die **Verwaltungsstelle** öffentlich **bekannt** zu **machen** und werden dieser **Verwaltungsstelle** gegenüber die **Verpflichtungen** seitens des **Verbandes** so **lange** **ausgesetzt**, bis dieselbe ihren **Verpflichtungen** **nachkommen** ist.
- l) **Die** **Buch-** und **Geschäftsführung** der **Zentralen** ist für den **ganzen** **Verband** eine **einheitliche**.
- m) **Der** **Vorstand** der **Zentralen** ist dem **Verbande** gegenüber **haftbar** für alle **übernommenen** **Verträge**.

**VIII. Generalversammlung.**  
§ 16.

Mindestens alle drei **Jahre** hat eine **General-Versammlung** des **Verbandes** stattzufinden. Sollte sich das **Bedürfnis** herausstellen, eine **General-Versammlung** früher **abzuhalten**, so kann durch einen **gemeinschaftlichen** **Wahlbegehren** des **Vorstandes** und des **Auswahls** eine **solche** **einberufen** werden.

- a) Sofern drei **Biertel** der **Mitglieder** eine **General-Versammlung** **beantragen**, hat der **Vorstand** dieselbe **einuberufen**.
- b) Die **General-Versammlung** ist die **oberste** **Instanz** des **Verbandes** und **erledigt** sich ihr **Geschäftskreis** auf alle dem **Verband** **betreffenden** **Angelegenheiten**. Sie wird aus **Delegierten** **zusammengesetzt**. Die **Einberufung** der **Wahlbezirke** erfolgt durch den **Vorstand**.

- c) Jeder **Wahlbezirk** wählt für je 100 **zählende** **Mitglieder** einen **Delegierten**; ist die **Zahl** der **Mitglieder** nicht durch 100 **teilbar**, so ist für die **überschüssige** **Zahl**, wenn dieselbe 50 oder mehr beträgt, ein **weiterer** **Delegierter** zu **wählen**.
- d) Die **Wahlbezirke** sind so zu **bilden**, dass kein **Wahlbezirk** mehr als einen **Delegierten** zu **wählen** hat. Ausgenommen hiervon sind die **Familien**, welche mehr als 100 **Mitglieder** haben.
- e) Die **Diäten** der **Delegierten** setzt die **General-Versammlung** **fest**.
- f) **Anträge** zur **Generalversammlung** sind mindestens **vier** **Wochen** vorher dem **Vorstande** **einzureichen**.

**IX. Verbandsorgan.**  
§ 17.

Die **Angelegenheiten** der **Verbandsleitung** sind seitens der **General-Versammlung** zu **bestimmen** und **in** **dieser** **für** **den** **Verband** **bestimmte** **bestimmte** **Art** zu **geben**.  
Auch können im **Falle** besonderer **Umfeldern** die **notwendigen** **Bestimmungen** auch durch **Zirkular** veröffentlicht werden.

Jedes **Mitglied**, welches nicht länger als **sechs** **Wochen** mit **den** **Verträgen** im **Rückstande** ist, erhält die **Verbandsleitung** **uneinseitlich**. **Den** **Betrieb** der **Verträge** regeln die **Familien** **selbst**.

**X. Auflösung.**  
§ 18.

Eine **Auflösung** des **Verbandes** kann nur erfolgen, wenn dieselbe vier **Fünftel** der **Mitglieder** **beschlüssen**. Sollte ein **Bermögen** bei der **Auflösung** oder **Schließung** des **Verbandes** übrig bleiben, so beschließt die **letzte** **General-Versammlung** über die **Verwendung** des **Bermögens**. Sollte ein **General-Versammlung** nicht mehr stattfinden, so **bestimmt** der **Vorstand** in **Gemeinschaft** mit dem **Auswahl** über die **Verwendung** des **Bermögens**.

**Diese** **Vorsätze** **treten** **mit** **dem** **1. April 1902** **in** **Kraft**.

**Begründung der Vorlage.**

Der **Verbands-vorstand** ist **es** **bekannt**, dass sich **unser** **Krankengeld-Zuschluss** in einer **bestimmten** **Situation** **befindet**. Infolge der **Wahlunfähigkeit** derselben **jahr** **für** **das** **Verbands-vorstand** **veranlassen**, eine **größere** **Erweiterung** **auszuführen** und die **Verbindungen** **herabzusetzen**. Dieses hat zur **Folge** gehabt, dass die meisten **Mitglieder** ihr **den** **Rücken** **gekehrt** und **se** **des** **halb** **so** **gut** **wie** **gänzlich** **zusammengebrochen** **ist**.  
Eine **Sanierung** der **Krankengeld-Zuschluss** scheint unter den **gegenwärtigen** **Umfeldern** **gänzlich** **ausgeschlossen**, zumal der **zum** **nicht** **unberechneten** **Teil** **Personen** (**Arbeiter** **u. a.**) **besorgen** sind, welche **fortgesetzt** **an** **Krankheiten** **leideten**, und **daher** die **Ergebnisse** der **Kasse** zur **Unmöglichkeit** **machen**.  
Eine **Umgestaltung** des **Unterstützungswesens** ist **daher** **dringend** **erforderlich** und **als** **allgemein** **bekannt** **dürfen** wir die **Aufstellung** der **Hamburger** **Zentrale** (siehe **Nr.** 17 **der** **Veröffentlichung**) **vorzuziehen**. Auch von **anderen** **Seiten** wurde **darauf** **gedrungen**, eine **Änderung** zu **veranlassen**, **da** der **gegenwärtige** **Zustand** **unhaltbar** **ist**.  
Der **Verbands-vorstand** und **Auswahl** **hielten** **deshalb** **am** **29. September** **d. J.** im **Beizein** des **Herrn** **Bürgermeisters** **Hamburg** eine **Konferenz** **ab** (das **Protokoll** ist in dieser **Konferenz** der **Veröffentlichung** **veröffentlicht**), **wo** die **Sache** eingehend **zu** **besprechen** und **weitere** **Maßnahmen** zu **bestimmen**.  
Das **Resultat** dieser **Beratungen** ist in der **neuen** **Vorsätze** zur **Statutenänderung** auf dem **Wege** der **Uraufstellung** zu **erklären**.  
Der **Vorstand** und **Auswahl** haben **in** **Anbetracht** der **Kosten** (3500-4000 **Mk.**) die ein **außerordentlicher** **Verbands-tag** **verursachen** würde, die **Uraufstellung** **für** **zweckdienlicher** **gehalten**.  
Wir **rechtfertigen** diesen **außerordentlichen** **Schritt** **daher**, **dass** der **ganze** **Verband** **hat** **gegenwärtig** **in** **einer** **Zwangslage** **befindet**. Die **Mitglieder** sind **aus** der **Zuschluss** **hellenweise** **ausgetrieben** und **versuchen**, lokale **Unterstützungsländer** zu **gründen**, um **sich** **hinein** **zu** **setzen**. **Da** **aber** **unter** **Umfeldern** **daraus** **neue** **und** **ernte** **Schwierigkeiten** **für** **den** **Verband** **entstehen** **können**, wie wir **es** **in** **früheren** **Jahren** **bereits** **bei** **einer** **dringenden** **Regelung** **bekannt** haben, **ist** **es** **für** **unser** **Virtut**, in **dieser** **Art** **es** **empfehlen** und **zu** **versuchen**, **Einheitslichkeit** und **Sicherheit** **für** **den** **ganzen** **Verband** **zu** **gewinnen**.  
Die **Statutenänderungen** beziehen sich, abgesehen von einigen **unwesentlichen** **redaktionellen** **Dispositionen**, **in** der **Hauptfrage**:

1. **auf** **den** **Ausbau** **des** **Unterstützungswesens** **und**
2. **auf** **die** **damit** **selbstverständlich** **in** **Verbindung** **stehende** **Bestraffungsmaßnahmen**.

In **Folge** unserer **Berufsverhältnisse**, die **im** **Vergleich** zu **anderen** im **Handel**, **Transport**, **Industrie** **u. a.** **schwieriger** **erscheinen**, **kommen** **von** **allen** **sonst** **in** **der** **Gewerkschaftswelt** **üblichen** **Unterstützungszweigen**, wie z. B. der **Arbeitslosigkeit**, **Kasse**, **Streit** **u. a.**, **für** **uns** **hauptsächlich** **Krank-** und **Sterbe-Unterstützung** **in** **Frage**, **ferner** **bei** **den** **Betriebs-Unfällen** und **in** **gewissen** **Qualitätsfällen**, die **§ 8** der **neuen** **Vorsätze** **regelt**.  
Diese **Unterstützungen** **müssen** **wir** **im** **Interesse** **des** **allgemeinen** **Wohlbefindens** **entrichten** **!**  
Die **Krankengeld-Zuschluss** **kommt** **als** **eigene** **Einrichtung** **und** **Verwaltung** **in** **Wegfall** und **dafür** **übernimmt** **der** **Verband** **unter** **gewissen** **Bedingungen** **die** **Unterstützung** **in** **Krankheiten** **und** **Sterbefällen**.

Die **beisitzende** **erforderlichen** **neuen** **Bestimmungen** **sind** **in** **den** **§§ 6-9** und **11** der **Vorsätze** **wiedergelegt**.  
Der **leitende** **Grundgedanke** dieser **Vorsätze** ist **der**, **dass** die **Unterstützungseinrichtungen**, **sofern** **sie** **bestandfähig** **sein**, **unter** **allen** **Umfeldern** **obligatorisch** **sind** **für** **das** **ganze** **Verbandsgebiet** **einheitslich** **sein** **müssen**.  
Alle **Unterstützungseinrichtungen**, die **nicht** **auf** **diese** **Grundlage** **beruhen**, **tragen** **erfahrungsgemäß** **den** **Zerfallungskeim** **von** **vornherein** **in** **sich**.  
In **Folge** der **eigenartigen** **Verhältnisse**, **mit** **denen** **unser** **Verband** **aber** **zu** **rechnen** hat, **müssen** **auch** **Ausnahmebestimmungen** **geschaffen** **werden**, **wie** **solche** **im** **§ 4** **Abt. B** **wiedergelegt** **sind** und **die** **Mitglieder** **betreffen**, **welche** **viel** **leichter** **einer** **Unterstützung** **in** **Krankheitsfällen** **bedarf** haben, **da** **se** **von** **ihren** **zuständigen** **Verwaltungen** **den** **Lohnausfall** **vergütet** **erhalten**. **Diese** **Mitglieder**, **aber** **auch** **nur** **diese**, **kommen** **dafür** **in** **die** **zweite** **Beitragsklasse** **mit** **geringerem** **Beitragslage**. **Die** **Beitragsteller** **müssen** **aber** **im** **Interesse** **der** **Sache** **hinwiederum** **so** **gehalten** **sein**, **dass** **solche** **Mitglieder**, **die** **in** **Krankheitsfällen** **von** **ihren** **Verwaltungen** **eventuell** **Unterstützung** **erhalten**, **auf** **Wunsch** **auch** **der** **ersten** **Beitragsklasse** **beitreten** **können**, **und** **auch** **gegebenenfalls** **Verbandsunterstützung** **zu** **bezahlen**.  
Daher **invalide** **Arbeiter**, die **nur** **als** **halbe** **Kraft** **von** **den** **Stadtverwaltungen** **beschäftigt** **werden**, **um** **die** **Armenverwaltung** **zu** **entlasten**, **so** **wie** **etwa** **Pensionäre** **können** **naturgemäß** **an** **Krankenunterstützungseinrichtungen** **nicht** **teilnehmen**. **Ihnen** **sieht** **daher** **die** **kommunale** **und** **sonstige** **allgemeine** **Zürsorge** **zu** **Seite**.  
Wie **wir** **aus** der **Erklärung** **hinlänglich** **lernen** **können**, **wird** **die** **Krankenunterstützung** **nicht** **in** **Anspruch** **genommen** **werden**, **und** **deshalb** **ist** **die** **Zurückhaltung** **einer** **Partei** **von** **6** **Monaten** **für** **die** **Krankenunterstützung** **und** **von** **12** **Monaten** **für** **Sterbeunterstützung** **vom** **rechnersicheren** **Standpunkte** **aus** **unerlässlich**. **Wir** **wollen** **unserer** **Organisation** **nach** **Möglichkeit** **davor** **schützen** **und** **daher** **diese** **Partei** **nicht** **!**

Der **Gesamtbetrag** der **Krankenunterstützung** **ist** **für** **einen** **geringen** **Beitrag** **auf** **40** **Mk.** — **auf** **das** **reichliche** **ausgewiesen**; **Wehr** **kann** **nicht** **gegeben** **werden**, **und** **weil** **dies** **schon** **die** **Grenze** **des** **Möglichen** **ist**, **kann** **die** **Unterstützung** **auch** **erst** **von** **der** **zweiten** **Krankheitswoche** **anzugehen** **werden**.  
Der **Verband** **wird** **nach** **dem** **neuen** **Statut**, **also** **folgende** **Leistungen** **seiner** **Mitgliedern** **bieten**:  
**Unterstützung** **der** **Krankheiten**, **Unfällen**, **Invaldität**, **Todesfällen**, **Streit** **und** **Aussetzungen** **beim** **Wahl**, **Regelungen**, **sonstiger** **Verhältnisse** **und** **schließlich** **das** **Verbandsorgan**. **Außerdem** **kommt** **nach** **den** **bereits** **sehr** **erfolgreiche** **Tätigkeiten** **des** **Verbandes** **in** **Betracht**, **die** **im** **Weistlichen** **auf** **die** **Verbesserung** **der** **Lebenslage** **der** **Mitglieder** **beruhen**. **Demgegenüber** **erhebt** **der** **in** **§ 4** **vorgesehene** **Beitrag** **von** **25** **f. wöchentlich** **zu** **räumlich** **einzig**. **Der** **ordentliche** **Beitrag** **muß** **von** **15** **auf** **20** **f. pro** **Woche** **erhöht** **werden**. **Dafür** **haben** **aber** **ebendiesen** **die** **Mitglieder** **nicht** **nötig**, **in** **so** **und** **so** **viel** **Zuschluss** **lassen** **und** **dergleichen** **zu** **steuern**. **Der** **Verband** **wird** **den** **Mitgliedern** **die** **beste** **und** **schirmt** **Zuschluss** **sein**.  
**Nach** **Vorge** der **Verhältnisse** **müssen** **wir**, **wie** **im** **§ 4** **schon** **erklärt**, **drei** **Beitragsklassen** **entwerfen**. **Die** **erste** **ist** **die** **ordentliche** **und** **für** **alle** **in** **normalem** **Dienst** **oder** **Arbeitsverhältnis** **stehende** **Personen**. **In** **die** **zweite** **Klasse** **werden**, **wie** **schon** **oben** **angeführt**, **diejenigen** **Kollegen** **eingereiht**, **welche** **von** **den** **Stadtverwaltungen** **Unterstützung** **in** **Krankheitsfällen** **zu** **erwarten** **haben**, **und** **denen** **für** **den** **Fall**, **dass** **se** **Verbandsunterstützung** **beziehen**, **die** **seitens** **der** **Stadt** **oder** **der** **Gemeinde** **geborenen** **Beihilfen** **unter** **Umfeldern** **geführt** **werden** **können**.

Die **dritte** **Beitragsklasse** **ist** **für** **weibliche** **Mitglieder** **und** **solche** **männlichen** **eingereiht**, **die** **als** **Halbinvalide** **oder** **dergleichen** **einen** **so genannten** **zweiten** **Arbeitskörper** **gegen** **ein** **geringes** **Entgelt**, **dass** **als** **Vohn** **im** **Sinne** **des** **Wortes** **nicht** **anzusehen** **ist**, **beschäftigt** **werden**.  
Der **Beitrag** **ist** **in** **dieser** **Klasse** **den** **Beiträgen** **angepaßt**. **Wie** **schon** **erklärt**, **haben** **Mitglieder** **der** **zweiten** **und** **dritten** **Beitragsklasse** **keinen** **Anspruch** **auf** **verbandsseitige** **Kranken-** und **Sterbeunterstützung**.  
**Nach** **der** **neuen** **Vorsätze** **solten** **die** **Unterstützungen** **für** **Rechnung** **der** **Hauptkasse** **gezahlt**, **so** **wie** **die** **Familien** **das** **Verwaltungsmaterial** (**Verbandsdrucksachen**) **vollständig** **geliefert** **werden**. **Bisher** **geschah** **das** **letztere** **in** **nur** **beschränktem** **Maße**.  
**Deshalb** **macht** **sich** **auch** **eine** **Neuabteilung** **der** **Beiträge** **erforderlich**, **die** **in** **§ 15** **zum** **Ausdruck** **kommt**.  
**Von** **Beitragsklasse** **I** **sind** **80** **pSt.** **und** **von** **Klassen** **II** **und** **III** **sind** **66 2/3 pSt.** **an** **die** **Hauptkasse** **abzuliefern**. **Mit** **dieser** **Bestimmung** **stellen** **wir** **unser** **Familien** **nach** **um** **5-10** **pSt.** **günstiger** **als** **andere** **Verbände** **mit** **ähnlichen** **Unterstützungseinrichtungen**. **Uebrigens** **war** **eine** **solche** **Abteilung** **der** **Beiträge** **im** **Interesse** **der** **Agitation** **für** **den** **Verband** **notwendig**. **Die** **dem** **Hauptvorstande** **bisher** **zur** **Verfügung** **stehenden** **Mittel** **müssen** **angemessen** **unserer** **Aufgaben** **entschieden** **als** **zu** **gering** **angesehen** **werden**.

Außerdem **sollen** **aber** **die** **Delegierten** **steuern** **weg** **und** **der** **Verbands-vorstand** **wird** **künftig** **den** **Familien** **die** **notwendigen** **Kassenbücher** **u. a.** **liefern**.  
Ferner **hat** **der** **Verbands-vorstand** **nach** **in** **den** **Ziel** **des** **Verbandes** **die** **Worte** **„in** **der** **Staatsbetriebe“** **eingeschaltet**. **Es** **ist** **dieses** **namentlich** **aus** **folgenden** **Gründen** **geschahen**. **In** **der** **Republik** **Hamburg**, **Hessen** **und** **Uckerland** **ist** **die** **Gas-**, **Wasserwerke** **u. a.** **nicht** **dem** **Staat** **sondern** **in** **der** **Hand** **des** **eigenen** **Staat**. **Die** **dortigen** **Verbandskollegen** **wünschen** **mit** **und** **nicht** **mit** **Unrecht**

nungen  
leg.  
den ist  
fie be-  
wichtig  
d sein

tefer  
a Zer-

nenen  
h Aus-  
im § 4  
treffen,  
ten pp  
tungen  
glücker,  
te Bel-  
Bestim-  
mungs-  
ermitt-  
stetig  
ung sei-  
bet-  
unter-

er Kraft  
um die  
konomie  
nungen  
munaie

lernen  
spruch  
haltung  
nunter-  
stigung  
Bei  
wollen  
en und

lit für  
schliche  
id weil  
Unter-  
ode an

also fol-

alität.

Wais-  
as Ber-  
sch er-  
die im  
er Phi-

4 vor-  
tragig-  
st. pro

abdam  
Zusüh-  
und wird  
se sein.

S 4 je-  
ist die  
der Ke-  
nklasse  
Pollegen

ntigung  
nen für  
en die  
mühten

glieder  
uwalde  
Wörper  
one des

n ange-  
weiten  
bandes-

nungen  
fittalen  
voll-

tere in

er Bel-  
mit.

anen II  
hüden.  
en noch  
it über-  
ntation  
de bis-  
genicht  
gesehen

g und  
en die

o Aitel  
ben  
gen den  
amburg,  
o nicht  
ortigen  
nt Un-  
gehegt  
in der

ole des  
rten Be-

härten

**Plum zum Schluss noch ein Wort über den Wert der geplanten Änderungen!**

Für alle Organisationskräfte gibt das Unterstützungswesen erst den eigentlichen festen Untergrund! Bisher lebte unser Verbands-Vorstand wohl haben wir ein gutes soziales Programm, wohl verfolgen wir energisch die wirtschaftlichen Interessen unserer Mitglieder, und gewiss haben wir bereits schöne Erfolge zur Seite und zwar mit dem Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen erst gelangt es uns, das eigentliche feste Fundament für unsere Organisation zu schaffen.

Unsere Agitation wird für die Folgezeit durch die geplanten Änderungen noch viel erfolgreicher als bisher werden. Die Organisation wird bedeutend an innerem Halt gewinnen und damit ein erstklassiger Träger für unsere Bewegung geschaffen.

Alle anderen Gesellschaften, welche aus denselben Gründen heraus, wie wir, die Unterstützungseinrichtungen einführen, haben überausende Erfolge damit erzielt. Auch wir werden in jeder Beziehung für den Verband sowohl als auch für die Mitglieder nur Gutes von diesem Schritte zu erwarten haben. Deshalb liegt es im Interesse unserer Mitglieder, den vorstehenden und wohlwollenden Vorschlägen zuzustimmen.

Wir segnen von dem gesunden Sinne unserer Mitglieder voraus, daß die überwältigende Mehrheit derselben für unsere Vorlage eintritt und somit gesunde Verhältnisse schafft.

**Der Verbandsvorstand und Ausschuss.**  
J. H. V. Poersch.

**Anweisungen betreffend die Urabstimmung.**

Bei früheren Urabstimmungen hatten wir die bedauerliche Erscheinung zu verzeichnen, daß sich viele Zitate vielfach aus Unwissenheit nicht an der Urabstimmung betheiligt haben.

Die gegenwärtig unterbreitete Vorlage ist von beachtlicher Tragweite, sie legt eine erhebliche Umgestaltung unseres Verbandswesens. Daher halten wir es für dringend notwendig, daß alle Zitate sich mit der Vorlage beschäftigen. Um nun ähnliche Erscheinungen zu verhindern, wie sie sich bei früheren Urabstimmungen gezeigt haben, hat der Verbandsvorstand in seiner letzten Ex-Zentrale festgelegt, an denen die Zitate die Urabstimmung vornehmen müssen. Jeder hat der Verbandsvorstand beschloffen, zu jeder Urabstimmungsversammlung eine Ex-Zentrale zu entsenden, der die unterbreitete Vorlage näher begründet und den Mitgliedern den Standpunkt des Verbandsvorstandes auseinandersetzt.

Dementsprechend haben nun die gegenwärtig bestehenden Zitate an folgenden Tagen die Urabstimmungs-Versammlungen abzuhalten und wird der Verbandsvorstand durch folgende Personen vertreten sein:

Berlin	Versammlung am 19. Jan. 1902, Ref. Bürger.	
Bremen	17	
Breslau	24	Poersch.
Chemnitz	26	
Dresden	26	
Frankenhausen	21	Bürger.
Gera	28	
Hamburg	16	Bürger
Karlsruhe	27	
Kiel	18	
Leipzig	25	Poersch.
Münchener Hofen a. N.	25	Bürger.
Magdeburg	17	Poersch.
Mainz	24	Bürger.
Mannheim	24	
München	30	Poersch.
Nürnberg	29	
Regensburg	26	Bürger.
Stettin	22	Poersch.
Schwärzenberg	29	Bürger.
Straßburg	21	Poersch.
Wuppertal	29	Bürger.
Wuppertal	21	Poersch.
Wuppertal	18	

An der Urabstimmung dürfen sich nur persönlich erschienenen Verbandsmittelglieder, welche sich durch ihr Mitgliedstimmrecht legitimieren haben, betheiligen. Die Urabstimmung geschieht per Stimmgeld, die der Verbandsvorstand liefert. Das Resultat der Urabstimmung ist sofort an den Verbandsvorstand mitzuteilen.

**Der Verbandsvorstand.**  
J. H. V. Poersch.

**Das Ende unserer Krankengeld-Zuschüsse.**

Als die 1. General-Versammlung unseres Verbandes den Verbandsvorstand beauftragte, eine Krankengeld-Zuschusskasse für die Verbandsmittelglieder ins Leben zu rufen, da begte man mit Recht die Hoffnung, daß durch eine derartige Unterstützungseinrichtung nicht nur ein stabilerer Mitgliederbestand innerhalb unseres Verbandes erzielt werde, sondern man war auch davon überzeugt, daß durch eine Krankengeld-Zuschusskasse ein gut Teil sozialer Grundriss unter den organisierten händischen Arbeitern beseitigt werde. Man wollte nicht nur die Familie des erkrankten Grundriss vor der ärmlichen Noth bewahren, sondern auch dem Kranken selbst während der Krankheit resp. als Heilungsmittel eine bessere Pflege garantiren.

Die von der General-Versammlung eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung eines Statuten-Entwurfs ging denn auch bald nach dem Verbandstage heftigst und energisch an die Arbeit, um sich über die Aufträge zu entschließen.

Bericht in Nr. 19 der Gewerkschaft vom 9. September 1900 wurde den Verbandsvorstand die Vorlage betreffend die Krankengeld-Zuschusskasse zur Urabstimmung unterbreitet und erst Anfang Dezember desselben Jahres konnte das endgültige Abstimmungsresultat festgestellt werden, weil einige Zitate die Art der Abstimmung gänzlich falsch aufgriffen; infolgedessen mußte der Abstimmungstermin verlängert werden, um diesen Zitate Gelegenheit zur nochmaligen Urabstimmung zu geben. Das Resultat der Abstimmung, welches in Nr. 26 der Gewerkschaft, Jahrg. 4 veröffentlicht wurde, lautete:

Für d. Vorlage gegen d. Vorlage Ungültig  
719 Stimmen 383 Stimmen 27 Stimmen  
Darnach war die Vorlage als angenommen zu betrachten. In der Sitzung vom 23. November 1900 beschloß der Verbandsvorstand, die Krankengeld-Zuschusskasse am 1. Februar 1901 in Betrieb zu setzen.

Daß die Kommission in dem Statuten-Entwurf allen Erwartungen der Verbandsmittelglieder entsprechen haben muß, bezugt die Thatfache, daß wesentliche Abänderungsanträge in Bezug auf die Vorlage nicht gestellt wurden; diese Annahme wird besonders dadurch bestätigt, daß in den Monaten Februar und März bereits 756 Verbandsvorstand Mitglieder betrat. Gemäß nur man auf Grund dieses günstigen Anfangs voll und ganz beruhigt, die Existenzfähigkeit der Kasse als gesichert anzusehen.

Leider sind alle schönen Hoffnungen nur zu bald in das Gegenteil verandelt worden. Gleich nachdem die Kassenzeit für die meisten Mitglieder abgelaufen war, stellte es sich heraus, daß die Kasse mit einem bedeutenden Prozentsatz kranker Mitglieder zu rechnen habe. Täglich erhöhte sich die Krankenziffer, und was besonders die Kasse schwer belastete, war die lange Krankheitsdauer der einzelnen Personen, die in den meisten Fällen 6-13 Wochen andauert. Bald reichen selbstverständlich die Einnahmen für die Krankenunterstützungen zu bedeu- den Hauptlaste munde so lange Zuzüsse hergeben, bis alle Einnahmen von 1. und 2. Quartal aufgebraucht waren.

Die Geschäftsführung, der Verbandsvorstand und Ausschuss wurden sich darüber klar, daß nur durch greifende Maßnahmen dem Bankrott der Kasse abzu- verhüten vermögen. Eine Ex-Zentrale, so sollte man, würde die Krankengeld-Zuschüsse wieder leistungs- fähiger machen. Allein nur zu bald zeigte es sich, daß auch diese Maßregel nicht genügte, den Zusammenbruch der Kasse zu verhindern. Die Hauptlaste war bereits gänzlich geleert, es war auch keine Aussicht auf nennens- werthe Einnahmen vorhanden, und doch verlangte man täglich von der Hauptlaste Zuzüsse für Krankenunter- stützungen. Weit über 500 Ull. forderten die einzelnen Zitate und dabei war vollständige Ebbe in der Haupt- laste eingetreten. Mehrmals sah sich der Verbandsvor- stand und Ausschuss gezwungen, sich mit der Krankengeld- Zuschusskasse zu beschäftigen. Um der unheilvollen Situation wirksam entgegen zu treten und dieselbe mög- lichst für immer zu beheben, mußten entschieden die Leistungen der Kasse herabgesetzt werden. Doch kaum war ein diesbezüglicher Beschluß des Verbandsvorstandes und des Verbandsvorstandes in Nr. 17 der Gewerkschaft bekannt geworden, da stürzte auch schon eine Fluth von Beschwerden größter Art von allen Seiten auf die Geschäftsführung und Verbandleitung herein. Allen Ansichten nach glaubte man ein besonders Recht darauf zu besitzen, daß das Recht der Kasse dem Verbandsvorstand und Ausschuss in die Schuhe zu schieben zu müssen. Daß diese Beschwerden am allerwenigsten die zweifel- hafte Finanzlage der Kasse veränderten, das sah nur ein geringer Theil der Rassenmitglieder ein. Es wurde gar- nicht erst überlegt, daß die Herabsetzung der Leistungen der Kasse möglicherweise nur vorübergehend und daß sich die Verhältnisse im Laufe der Zeit besser gestalten können, nein, die meisten Geschäftsleiter der Zitate erklärten rundweg: Die heutigen Rassenmitglieder protestiren ganz entschieden gegen die Maßnahmen des Verbandsvor- standes und Ausschusses und erklären ihren Austritt aus der Kasse. Ein Theil der Rassenmitglieder glaubte den Protest dadurch recht wirksamvoll zu gestalten, indem sie gleichzeitig mit dem Austritt aus dem Verbands- zugehörten. Daraus hatten auch einige kurzfristige Mit- glieder diese Drohung wahr gemacht. Nachdem nun dem ersten Ansturm eine gewisse Stille in der Rassenangelegen- heit gefolgt war, sollte die Geschäftsführung immer noch daß die Mitglieder der Kasse noch der ersten Aufregung über die Herabsetzung der Unterstützungslöhe einflücht- vollen gemordeten wären. Sie erbat mittels Zitatens von den einzelnen Geschäftsleitern über folgende Punkte Auskunft: Wieviel Mitglieder hat zur Zeit ihre Zitate? Wie sind die Rassenverhältnisse der Zitate? Wie ist die Situation im Allgemeinen?

Über nun zeigte es sich, daß jegliche Hoffnung ver- gebens war, denn die meisten Geschäftsleiter ließen es nicht einmal für notwendig, auf das Jrtutur zu an- zuworten, geschweige denn einen ausführlichen Situations- bericht einzusenden. Die wenigen Berichte, welche er- liefen, lauteten so ungenügend, daß das Schicksal der Kasse, der Zusammenbruch derselben, unvermeidlich schien. Wir wollten erst hören, was die anderen Zitate sagen, so lauteten die lakonischen Antworten.

Was schon die Situation in den einzelnen Zitate ungenügend, so gestaltete sich dieselbe für die Zitate Ham- burg resp. für die 80 Rassenmitglieder derselben insofern bedeutend schlechter und nahezu unheilbar, indem das dortige Amtgericht plötzlich die Tätigkeit der Krankengeld-Zuschusskasse auf hamburghisches Gebiet solange ver- bot, bis der Rassenvorstand die Genehmigung des dortigen Senats eingebracht habe. Derartige Fänge werden be- sonntlich von den Behörden nicht von heute zu morgen erledigt, sondern es vergehen oft Wochen und Monate, bevor ein definitiver Entscheid gefällt wird. Es ist dabei

nur zu begreiflich, daß sich die Situation in Hamburg besonders scharf zuspitzte, woraus nicht nur der Kranken- geld-Zuschusskasse, sondern auch dem Verbands ganz ge- waltiger Schaden erwachsen mußte. Um die Organisation vor einem solchen Verfall zu bewahren und um ein ge- lundenes Unterstützungswesen verbandsbreite dauernd einzu- führen, beantragte der Hamburger Vertreter, Genosse Bürger, bei dem Verbandsvorstand, daß letzterer eine Konferenz mit dem Verbandsvorstand und Ausschuss und dem Hamburger Vertreter einberufe.

**Konferenz**

**des Verbandsvorstandes und Ausschusses,**  
abgehalten am 29. Sept. 1901 zu Berlin im  
Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Anwesend waren sämtliche Mitglieder des Verbandsvorstandes und Ausschusses, sowie Genosse Bürger-Hamburg.

Der Vorsitzende des Verbandes, Siebig, eröffnete die Konferenz um 3 1/2 Uhr Nachmittags und gab folgende Tagesordnung bekannt: „Das Unterstützungswesen unseres Verbandes unter besonderer Berücksichtigung der Kranken- geld-Zuschusskasse. Referent: Bürger-Hamburg.“

Nachdem der Vorstandsvorsitzende in der Konferenz motivirt, wobei er besonders betont, daß ledig- lich die beste Situation der Krankengeld-Zuschusskasse die Voraussetzung für die heutigen Verhältnisse ist, erhält Bürger das Wort. Er führt etwa Folgendes aus:

Das Unterstützungswesen unseres Verbandes ist im Grunde genommen recht mangelhaft. Besonders ist die fakultative Einrichtung desselben gerade nicht darnach ange- legen, weshalb für den Verband zu wirken; dieses System trage ganz erheblich dazu bei, daß die Kranken- geld-Zuschusskasse in finanzieller Beziehung stets mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Da in Hamburg und auch in vielen anderen Städten das Unterstützungswesen im Allgemeinen zu hohen Graden ausgebaut ist, wird die Agitation für unser- Organisation dadurch sehr erschwert, weil man den Leuten nicht sagen kann: unsere Organisation bietet den Mitgliedern diese und jene Unterstützungen. Die meisten händischen und anderen Arbeiter gehören neben den ge- wöhnlichen Krankenkassen noch einer freien Hilfs- resp. selbst- hilflichen Krankenkasse an, an welcher sie in vorerster Linie Krankheitsfällen u. c. unterstützt werden. Um hier das Gleichgewicht zu halten, muß die Organisation an Unter- stützung annähernd ebensoviele bieten, wie dies die Hilfs- kassen thun; wenn das nicht der Fall, dann tritt eben die Mehrzahl der Arbeiter schon aus diesem Grunde der Organisation nicht bei. Die Zeiten sind darüber, wo man glaubte, der Arbeiter gehöre aus reinem Idealismus der Organisation an, nein, er will auch greifbare finanzielle Vortheile in Gestalt von Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbegeld-Unterstützung sehen.

Der obige Vorrede in der Krankengeld-Zu- schusskasse haben ganz bedeutende Hindernisse im Wege, die in finanzieller Beziehung bei den händischen Arbeitern schwer ins Gewicht fallen.

Die staatlichen und städtischen Arbeiter, deren Ein- kommen verhältnismäßig niedrig, sitzen nicht in der Lage, neben den ohnehin hohen Beiträgen für die gesetzliche Krankenkasse, für Invaliden- und Alters-Versicherung, für die Organisation, auch noch Beiträge für die Krankengeld- Zuschusskasse zahlen zu können; das übersteigt bei weitem ihr Haushalts-Budget. Es empfiehlt sich daher, die Krankengeld-Zuschusskasse, deren Existenz soviel fraglich erscheint, aufzulösen und dafür das Unterstützungswesen verbandsbreite obligatorisch einzuführen. Das ist einer- seits ein agitorischeres Zugmittel und dürfte andererseits für einen stabileren Mitgliederbestand innerhalb der Orga- nisation.

Falls der Verbandsvorstand und Ausschuss für diesen Plan nicht zu haben seien, sehe sich die Zitate Hamburg genothigt, das Unterstützungswesen lokal zu regeln. Im Interesse des Verbandes rathe er, dasselbe auf zentrale Basis einzurichten.

Um bei der event. Auflösung der Krankengeld-Zu- schusskasse den etwaigen Mitgliedern derselben entgegen- zukommen, sei es angebracht, alle Gelder der Kranken- geld-Zuschusskasse der Verbandskasse zu überweisen und den Rassenmitgliedern die event. verbandsbreite einzu- führende Kassenzeit in Bezug auf Unterstützung zu er- lassen, resp. in Anrechnung zu bringen.

Damit eine planmäßige Erledigung in Bezug des Unterstützungswesens ermöglicht wird, beantragt Poersch, daß folgende Fragen eingehend erörtert werden:

- a) Ist das Unterstützungswesen innerhalb unserer Organisation notwendig?
- b) Welche Unterstützungszweige kommen innerhalb unserer Organisation in Frage?
- c) Sind die Unterstützungszweige obligatorisch oder fakultativ einzuführen?

Die drei Punkte werden in einer Spezialdiskussion unter Berücksichtigung der Ausführungen des Genossen Bürger behandelt.

Der erste Punkt findet seine Erledigung in nach- stehender Resolution, die nach weisevoller Debatte zu einmütigen Annahme gelangt:

„Der Verbandsvorstand und Ausschuss erkennen an, daß das Unterstützungswesen innerhalb unserer Organisation notwendig ist.“

Ueber Punkt 2: Welche Unterstützungszweige kommen innerhalb unserer Organisation in Frage? referirt Vorsitz in kurzen Worten. Er kommt am Schluß seiner Aus- sührungen zu dem Resultat, daß innerhalb unseres Ver- bandes nur die Kranken- und Sterbegeld-Unterstützung in Betracht kommt, dagegen Arbeitslosenunterstützung gän- zlich auszuschließen.  
Reich will auch die Mitglieder, die zu militärischen Übungen eingezogen werden, unterstützt werden.

Bürger ist entgegengelegter Meinung. Er ist der Ansicht, daß solche Personen resp. deren Familien, in bestimmten Fällen auskömmlich vom Staat oder den Gemeinden unterstützt werden müssen. Es muß eine der Aufgaben der organisierten städtischen Arbeiter mit sein, bei den einzelnen Betriebsverwaltungen dahingehend vorstellig zu werden, daß die städtischen Arbeiter, die zu militärischen Übungen u. eingezogen werden, während dieser Zeit das volle Lohn, abzüglich der staatlichen Subvention erhalten.

Nachdem sich noch Fiebig und Schabel für die Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen ausgesprochen, gelangt folgende Resolution zur Annahme:

„Der Verbandsvorstand und Ausschuß erkennt an, daß die Arbeitslosen-Unterstützung für unsere Organisation nicht in Frage kommt, sondern nur die Kranken- und Sterbeunterstützung zu berücksichtigen ist.“

Punkt 3: Sind diese Unterstützungen obligatorisch oder fakultativ einzuführen?

Boersch befürchtet, daß dem Obligatorium große Hindernisse erwachsen werden. Einmal dadurch, daß die einzelnen Verwaltungen, die zu dem Krankengeld die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zahlen, den verbandseigenen Unterstüzungsbetrag abgeben werden. Es wäre dies eine Verdrängerung seitens der Behörden auf Kosten der Organisation. Weiter sei zu bedenken, daß dem Verbande ein großer Teil halbindividueller und pensionsebedürftiger Personen, sowie sogenannte Saisonarbeiter angehören, die im Falle der obligatorischen Unterstüzungseinzichtung die Verbandskasse ganz enorm belasten würden.

Fiebig und Schabel befürchten ebenfalls, daß die Verwaltungen, die die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zahlen, diesbezügliche Abzüge machen werden.

Bürger-Hamburg ist zwar ebenfalls der Ansicht, meint aber, daß in diesem Falle bestimmte Klauseln festzusetzen sind, die den einzelnen Verwaltungen das Recht Abzüge machen zu dürfen, beschränken. Inbetreff der Saisonarbeiter, Invaliden und Pensionäre sei es ratsam, daß für dieselben besondere Bestimmungen in Bezug auf Beitragsleistung und Unterstüzung festgelegt werden.

Fiebig will sich mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden erklären.

Bürger erklärt, daß entschieden eine Gruppierung in den Kategorien bei der Gewährung von Unterstüzung erfolgen müsse, will man nicht dieselbe Ersparung machen, wie mit der Krankengeld-Zusatzkasse. Man solle sich doch nicht allzu sehr an das Eximium stößen, sondern in allererster Linie die finanztechnischen Gründe berücksichtigen.

Nachdem sich noch Schabel, Fiebig und Boersch an der Debatte beteiligt, wird schließlich folgender Antrag angenommen:

„Der Verbandsvorstand und Ausschuß beschließt: den Mitgliedern die obligatorische Unterstüzungseinzichtung zu empfehlen; die Regelung geschieht für den Gesamtverband durch das Statut.“

Weiter wird beschlossen, den Verbands-Mitgliedern nachstehende Beschlüsse zur Urabstimmung zu unterbreiten:

1. Kranken-Unterstützungen.  
a) Die Karenzzeit (Wartezeit) dauert 26 Wochen.  
b) Für Krankheitsfälle ist die Unterstüfung bis zum Höchstbetrage von 40 Mk. innerhalb des Zeitraumes eines Beitragsjahres bemessen; die Unterstüfung beträgt pro Krankheitswoche 4 Mk. und beginnt nach der ersten vollendeten Woche der Erkrankung.

2. Sterbegeld.  
Nach einjähriger Mitgliedschaft kann im Sterbefall eines Mitgliedes den Hinterbliebenen desselben ein Sterbegeld bis zur Höhe von 30 Mk. gezahlt werden.

3. Beitrag.  
Der wöchentliche Beitrag beträgt:  
in Klasse I . . . . . 25 Pf.  
" II . . . . . 15  
" III . . . . . 10

Davon haben die Filialen an die Hauptkasse abzuführen:  
Von den Beiträgen der Klasse I 80 pCt. = 20 Pf.  
" II 66 2/3 " = 10  
" III 66 2/3 " = 6 2/3

Es wird beantragt, daß von den Beiträgen der II. und III. Klasse nur 50 pCt. an die Hauptkasse abgeführt werden sollen. Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Klasse I gehören alle männlichen Mitglieder, die von ihrer zuständigen Verwaltung in Krankheitsfällen die Verbindlichkeit zum Krankengeld gezahlt wird, können auf ihren Antrag der II. Klasse überwiesen werden, haben aber auch dann keinen Anspruch auf verbandseigene Unterstüfung.  
Weibliche, invalide bezw. pensionierte Mitglieder werden der III. Klasse überwiesen. Dieselben haben gleichfalls keinen Anspruch auf Unterstüfung seitens des Verbandes.

Die Geschäftsleituna des Verbandes wird beauftragt, einen diesbezüglichen Entwurf aufzuarbeiten und dann dem Verbandsvorstand und Ausschuß zur Begutachtung zu unterbreiten.  
Dann soll den Geschäftsführern der Krankengeld-Zusatzkasse die Liquidation der Kasse unter Darlegung der bestimmenden Verhältnisse auf dem jährlichen Wege bekannt geben.

Nachdem noch eine Aussprache über interne Angelegenheiten stattgefunden, wird die Sitzung um 8 1/2 Uhr geschlossen.

## Die städtische Betriebs-Krankenkasse der Stadt Dresden.

Am 17. Oktober beschlößten sich die Stadtverordneten mit der Einführung der Betriebskrankenkasse der Stadt Dresden. Es ist interessant, wenn man sich ein wenig mit dem Bericht, welchen der Dresdener Anzeiger am 28. Oktober darüber bringt, beschäftigt.

Danach sollen der Kasse angehörend: Alle Arbeiter der städtischen Betriebe, mit Einschluß derjenigen der Gängischen Stiftung sowie die städtischen Unterbeamten, welche vierteljährliche Rindbühnen und nicht über 2000 Mk Gehalt haben, sollen freiwillige Mitglieder werden; sie können auch bis zu einem Gehalt von 2400 Mk. freiwillige Mitglieder werden.

Man sieht sich hier darauf, daß das Krankentassen-gesetz vorschreibt: Die einschlägigen Bestimmungen beschränken nur den freiwilligen Beitritt zur Krankenkasse, nicht aber die Fortsetzung des Versicherungsbetrages. Der Bericht sagt dazu: „Mit Rücksicht hierauf ist geplant, in Zukunft den Gemeinde-Unterbeamten, soweit sie nicht zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Kasse bereits über 2000 Mk. Gehalt beziehen, den Beitritt zu der Kasse und das Verbleiben darin, bis zur Erreichung eines Gehalts von 2400 Mk. zur Bedingung der Anstellung oder Beförderung zu machen, damit sie im Falle der Krankheit nicht vor die Wahl gestellt sind. Von dieser Maßregel ist zugleich eine Verminderung der neuerdings immer zahlreicher eingehenden Gesuche von Gemeinde-Unterbeamten, die durch Krankheit ihrer selbst oder ihrer Familienangehörigen in Bedrängnis geraten sind, um Unterstüfungen zu erbitten.“

Von der Erhebung eines Eintrittsgeldes soll vollständig abgesehen werden; dadurch soll der Kasse ein nur verhältnismäßig kleiner Ausfall der Einnahme entstehen, auf der andern Seite würde es den Mitgliedern schwer fallen, einen 30jährigen Kassenbeitrag als Eintrittsgeld zu bezahlen. (Ist es im Interesse der Arbeiter oder der Beamten ist?)

Zur Verarbeitung von Wein und Milch an frange Mitglieder hat man sich nicht entschließen können. Man bezeichnet ein Hinübergehen über die gesetzlichen Verpflichtungen in diesem Falle für bedenklich.

Von den bisherigen Mitgliedern der Betriebskasse für Gas und Elektrizität wurde beantragt: Die Wartezeit im Falle der Erwerbsunfähigkeit in Wegfall zu bringen. Der Rat hat sich dazu nicht entschließen können; er sagt in seinem Bericht: „Das es wohl hart sei, wenn im Erkrankungsfall die einzige Einnahmequelle verfiel, aber auf der andern Seite bietet die Wartezeit den Versicherten und der Kasse selbst wesentliche Vorteile, und zwar insofern, daß unsicheren Elementen zur Simulation einer Krankheit vorgebeugt wird. Ueberdies ist in Deutschland noch keine Krankenkasse zur Behebung der Karenzzeit geschritten. Dazu kommt, daß die Wartezeit für einen großen Teil der Versicherten nicht in Betracht kommt, die Beamten und Bediensteten beziehen ihr Gehalt zunächst weiter. Für die Arbeiter will man in die Arbeitsordnung eine Bestimmung aufnehmen, wodurch besonders bedürftige Arbeiter für die Wartezeit Beihilfe gewährt werden soll.“

Ferner hatten die Mitglieder beantragt, auch geschiedestränkte Mitglieder zur Vorgebung der Verschleppung dieser Krankheit das Krankengeld zu gewähren. Der Rat hat sich dem nicht angeschlossen, sondern verlangt, daß geschiedestränkte Mitglieder schleunigst den Krankenzustand überwinden werden. So steht die Verbindung und damit die Verschleppungsgefahr bestehen. Das bisherige Statut der Krankenkasse für Gas- und Elektrizitätswerte schreibt vor, daß Mitglieder, wenn sie gleichzeitig andern Krankentassen angehören, diesen das Krankengeld so weit getagt wird, als es zusammen den vollen Betrag ihres Tagelohnes übersteigt.

Diese Bestimmung soll in dem neuen Statut wegfallen, weil damit in der Regel zuverlässige, ordentliche Mitglieder getroffen werden, welche für die Zukunft besorgt sind, und sich deshalb in Krankheitsfällen vor Recht schützen wollen. (gemeint sind wohl in erster Linie die Beamten), denn — es heißt weiter — wenigstens für diejenigen Mitglieder soll die Rütung wegfallen, die bei Beginn der Krankheit bereits ein Jahr lang der Betriebskasse angehört.

Diese Einschränkung richtet sich gegen die fluktuierende Arbeiterbevölkerung, von welcher ebenfalls Simulation zu befürchten ist. Es sei hier erwähnt, daß die meisten Tiefbauarbeiter, die Kohlenleger beim Gas- und Wasserwerk, die Arbeiter bei der Stadtärzterei usw. in der Regel im Winter nicht beschäftigt werden. Diese sind auch nicht in der Lage, im Winter der Betriebskrankenkasse als freiwillige Mitglieder anzugehören. Die Ausnahmestimmung richtet sich eben nur gegen diese Arbeiter, ebenso der Verdacht der Simulationsmöglichkeit.

Es war beantragt worden, daß die Wahl der Vertreter nicht abteilungsweise, sondern von allen Mitgliedern gemeinsam vorgenommen würde. Dem wurde nicht stattgegeben, weil dann die Arbeitervertreter vollständig oder zum größten Teil aus einem und demselben Betriebe zu wählen seien. Die Wahl der Vertreter findet auf Wunsch der Arbeiter im November (nicht wie dies jetzt im Dezember) statt.

Die Betriebskrankenkasse tritt am 1. Januar 1901 in Kraft.

Der Krankentassenverein der städtischen Beamten Dresden hat den Rat ersucht, die im städtischen Dienst stehenden Unterbeamten nicht zu zwingen, der städtischen Betriebskrankenkasse beizutreten, da der Verein hierdurch die Hälfte seiner Mitglieder verlieren würde. Der Rat hat dem Gesuch nicht stattgegeben, hat aber vorgeschlagen, um dem Verein das weitere Bestehen zu ermöglichen, der Beamtenkasse aus städtischen Mitteln jährlich 2000 Mk. zu überweisen.

Interessant ist zum Teil die Begründung. Es heißt: „Denn einmal ist es dringend erwünscht, gegen über den zahlreichen, minder jähigen Elementen, mit denen die Kasse zu rechnen haben wird — namentlich den Tiefbauarbeitern und Schneefahrern — einen festen Stamm von Mitgliedern zu gewinnen, von denen die Kasse einen Nutzen nicht zu befürchten habe.“

Die Leistungen der städtischen Betriebskrankenkasse sind umfangreicher als die der bestehenden Dresdener Krankentassen. Es wird gewährt nach mindestens dreizehn Wochen Mitgliedschaft die Hälfte des Tagelohnes in der Dauer bis zu 82 Wochen für Mitglieder. Für Familienangehörige freie ärztliche Behandlung und freie Arznei auf 18 Wochen. 20 Mk. Entbindungsgeld für Ehefrauen der Mitglieder (ärztliche Beihilfe wird nicht gewährt); auch leistet die Kasse Beihilfe in Sterbefällen. Für ärztliche Behandlung ist die statliche Summe von 56 000 Mk. vorgelegen, und zwar auf den Kopf des Mitgliedes 10 Mk. Bei allen Dresdener Krankentassen kam im Jahre 1900 5 Mk. auf das Mitglied, bei der Betriebskrankenkasse in den letzten 3 Jahren sogar nur 4.40 Mk. pro Mitglied. Die Betriebskrankenkasse für Gas und Elektrizität verausgabte für ärztliche Behandlung in den Jahren 1898, 99, 1900 durchschnittlich 12 Mk. pro Mitglied.

## Rundschau.

### Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.

Mit der immer zahlreicher werdenden Beamtenkassen, die heute im Dienst der Gewerkschaft und der politischen Partei thätig ist, macht sich das Verlangen nach einer Versicherungseinrichtung, die für das Alter oder im Falle des Ablebens für die Hinterbliebenen einen kleinen Posten, rege geltend. Vor kurzem hatte der Verein Arbeiterpresse die Grundzüge eines Statuts für eine Pensionskasse beraten, und nun veröffentlicht auch die Generalkommission der Gewerkschaften das Statut einer Kasse, die für Invalidität und Witwenversorgung eine Versicherung vorsieht.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn solche Einrichtungen geschaffen werden, sie über das hinausgehen, was der Staat an sozialpolitischen Versicherungsleistungen ins Leben gerufen hat, allerdings wird auch eine Grenze nach oben hin gezogen, da die Leistungen, die jede Versicherung fordert, keine willkürlichen sein können.

Die Generalkommission hat die finanzielle Grundlage des Unternehmens mit peinlicher Gewissenhaftigkeit nach den Erfahrungen der Krankentassen, der Berufsgenossenschaften und der Invaliditäts- und Altersversicherung geprüft. Während der Verein Arbeiterpresse einen Beitrag von 8 Prozent des Gehalts forderte, glaubt die Generalkommission mit einem jährlichen Beitrag von 90 Mk. für die erste Klasse und 60 Mk. für die zweite Klasse auszukommen. Die erste Klasse umfaßt die Gehälter über 2000 Mk. jährlich, die zweite Klasse geht unter diese Gehaltshöhe. Der Beitrag soll ein freiwilliger sein und darin geteilt werden, daß die Organisation oder die Arbeitgeber die Hälfte des Beitrags zahlen. Der Anschlag an den Fonds kann gesteuert werden: Den vollbezahlten Angestellten der Gewerkschaftsämter, Arbeitersekretariate und Krankentassen; Angestellten (Redakteure, Geschäftsleiter, Expedienten, Berichterstatter) der modernen Arbeiterbewegung gebörenden Presse (einschließlich Buchhandlungen); den Schriftleitern und Mitarbeitern, die ihren Hauptberuf in eine gewerkschaftliche und politische Presse der modernen Arbeiterbewegung legen.

Als Unterstüfung ist vorgesehen im Falle der Invalidität, die durch ärztliches Gutachten bestätigt sein muß, eine Jahresunterstüfung von 1200 Mk. in erster Klasse und 900 Mk. in zweiter Klasse. Die Witwenunterstüfung soll 600 resp. 450 Mk. betragen. Für Waisenunterstüfung ist in erster Klasse 120 Mk. in zweiter Klasse 90 Mk. vorgesehen; für Vater- und mütterliche Waisen 240 resp. 180 Mk. An Sterbegeld soll 100 Mk. gezahlt werden. Die Verwaltung des Fonds soll sieben Personen übertragen werden. Drei derselben stellt die Generalkommission aus ihren Mitgliedern, während vier von den am Sitz der Generalkommission wohnenden Beteiligten gewählt werden. Die Kassenverwaltung wird von einem Mitglied der Generalkommission geleitet.

Wird aus dem nächsten Gewerkschaftskonferenz kein erheblicher Widerspruch gegen das Statut erhoben, so ist Hoffnung vorhanden, daß es am 1. Oktober 1902 in Kraft tritt. Sehr zu empfehlen wäre eine Verständigung beider Korporationen, des Vereins Arbeiterpresse und der Generalkommission, damit ein gemeinsames Werk zu Stande kommt, denn je größer die Zahl der Mitglieder, um so fester gestaltet sich die Grundlage der Kasse.

### Gegen die Verwendung von Bleiweiß bei städtischen Arbeiten in Frankreich

Wegen die Verwendung von Bleiweiß bei städtischen Arbeiten in Frankreich wendet sich auf Grund amtlicher Erhebungen (vergl. „Soz. Paris“ S. 81) ein Erlaß des Ministers des Innern; es heißt darin:

„Aus dieser doppelten Conquete geht einerseits hervor, daß der Gebrauch von Bleiweiß durch zunehmende Standpunkt des Gesundheitsaussehens durchaus miltchmännlich ist; andererseits, daß dieser Gebrauch durchgeführt werden kann, ohne daß technische Unzulänglichkeiten entstehen. In Folge dessen habe ich bestimmt, daß bei allen Arbeiten, die auf Rechnung meiner Verwaltung auszuführen werden, nun an unterlagt ist, Farben oder Lacke zu verwenden, die mit Verwendung von Bleiweiß hergestellt sind. In die Lieferungsbedingungen für diese Arbeiten, seien sie aus freier Hand oder durch Submission hergestellt, muß dieses Verbot aufgenommen sein. In den ganz ausnahmsweisen Fällen, in denen die Ingenieure die Anwendung von Bleiweiß für unumgänglich erforderlich halten, bedürfen sie dazu einer besonderen Ermächtigung seitens der Oberverwaltung.“

Verantw. Redakteur: Dr. Boersch, Berlin, Winterfeldstr. 25. Druck von Maurer & Dinnis, S., Courant-Str. 11.